

POLIZEI REPORT

G 6789

ISSN 1869-6805

Nr. 186 · März 2025

180.000.000 €

WENIGER FÜR BEAMTE!



AUS GEBERLAND WIRD

NEHMERLAND*

(*ABER NUR BEIM EIGENEN PERSONAL)

#SONDEROPFER

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

AUF EIN WORT



LIEBE KOLLEGINNEN LIEBE KOLLEGEN,

Neues Jahr – ALTE und NEUE Themen das Jahr 2025 ist zwei Monate alt, aber es war schon wieder sehr ereignisreich. Unser „Geschenk“, was die Landesregierung im alten Jahr uns überreicht hat, die Verschiebung der Besoldung, hat uns im neuen Jahr wieder sehr beschäftigt. Die GdP, und NUR DIE GdP, war bei der CDU und SPD im Bundestagswahlkampf mit Demonstrationen und hat vor Ort, auch bei den Landespolitikern, dieses Thema deutlich gemacht. Wir waren für EUCH vor Ort, für unsere Besoldung und Interessen.

Und verschiedene Demonstrationen, z.B. am 01.02.2025 in Frankfurt am Main mit über 2000 Teilnehmern unserer Mitgliedsgewerkschaften im DGB haben dies nochmal deutlich gemacht.

Und wir machen weiter: Für die Beschäftigten und für bessere Arbeitsbedingungen. Wir legen den Finger in die Wunde, IMMER und nicht nur, wenn es gerade bequem ist! Dies ist die GdP, wir SIND FÜR EUCH DA, IMMER!!! Wir werden auch nicht müde, diesen Zustand bei den politischen Verantwortlichen immer wieder zu thematisieren.

Zudem waren und sind wir bei den Thema Beihilfe und Dienstunfallfürsorge in Gesprächen. Die Bearbeitungszeiten der Beihilfe haben sich verringert, sind aber noch lange nicht auf dem Niveau, was sich die GdP und die Beschäftigten wünschen. Gerade im Bereich der Pflege

POLIZEI REPORT

Aktionen zum Besoldungsdiktat der Landesregierung	6
Polizei befindet sich im dunkelroten Bereich	8
Vom Brückenhaushalt zum Besoldungsdiktat	9
Auftakt zur GdP Dezemberprotestwoche	9
Gedankengänge eines Idealisten	12
Tarifverhandlungen TVöD	12
Landesregierung tritt Wertschätzung mit Füßen	16
Übergabe der Unterschriften gegen den Rotationserlass	19
Deutschland hat neu gewählt – Was nun?	21
DGB-Neujahrsempfang	22
Personalversammlung im PP Frankfurt	25
Weihnachtstombola der BZG Frankfurt	27
Neubau auf dem Gelände der PAST Süd Hessen	30
Gesundheit im kommunalen Ordnungsdienst	31
Work Life Balance – Eine Modeerscheinung?	33
Protest des DGB und der GdP in Südhessen	34
Seminar „Videowerkstatt“	37
Bekifft im Dienst – Beamtenrechtliche Folgen	38
DFL muss für Hochrisikospiele Gebühren zahlen	40
Einladung zur After Work Party in Frankfurt	41
Weitere riesige Rückstände beim Beihilfeanspruch	43
Ruhestand will gelernt sein – Mit der GdP!	44
Jahreshauptversammlung in Darmstadt-Dieburg	47
Einladung zur JHV der Senioren Frankfurt	49
Ehrung Wilfried Peter zum 50. Gewerkschaftsjubiläum	49
GdP & Äpfel	50
Weihnachtsfeier der Senioren Frankfurt	50
14. Deutscher Seniorentag in Mannheim	53
Motor der Demokratie	55
Erinnerungskultur am Leben halten	57
Guter Rat muss nicht teuer sein	58

Titelseite: Christian A. Richter

inhalt

sind die Wartezeiten auf das Geld deutlich zu lange. Und bei der Dienstunfallfürsorge muss endlich wieder das Wort Fürsorge auch wirklich erbracht werden. Es kann doch nicht sein, dass ein Beschäftigter einen Dienstunfall erleidet, dieser auch anerkannt wird, aber aufgrund der geringen Übernahmeätze von Kosten der Beschäftigte auf Geld sitzen bleibt, was er nicht ersetzt bekommt.

Daher ist die GdP immer FÜR UNS, FÜR EUCH, FÜR ALLE da!

Wir machen deutlich, dass es um Wertschätzung und Respekt der geleisteten Arbeit finanziell und fürsorglich geht und nicht nur durch warme Worte, welchen den Beschäftigten in Zeiten hoher Inflation und bei Kosten nicht helfen.

So auch bei den Tarifverhandlungen TVöD und Kommunen. Diese haben schon begonnen und werden im März in die dritte Verhandlungsrunde gehen. Bei den jetzigen Zeiten, Bundestagswahl während den Verhandlungen, stehen diese natürlich unter besonderen Bedingungen. Aber auch hier ist die GdP für euch vor Ort und wir werden wieder versuchen, das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Dies ist unser Anspruch. Wir wollen immer für euch da sein und geben unser Bestes. Das macht eine Gewerkschaft aus, dass wir uns für euch in allen Belangen einsetzen. Wir sind ein starker Partner an eurer Seite, in jeder Lebenslage, wo ihr uns braucht! Denn nur Gewerkschaften können an Tarifverhandlungen teilnehmen, zum Streik aufrufen und für euch am Verhandlungstisch die Gehalts- und Arbeitsbedingungen verhandeln. Das ist unser verbrieftes Grundrecht aus dem Grundgesetz.

Ihr seht, die Themen für die GdP werden nicht weniger und das Jahr 2025 wird auch wieder nicht aufhören, die GdP und die ehrenamtlichen zu fordern, sich für

die Beschäftigten und Mitglieder einzusetzen.

Innerhalb der Polizei sind ebenfalls viele Projekte gestartet. Sei es das Projekt P 24 im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, sei es S 25 für den Streifendienst oder Erlasse wie Rotation oder äußeres Erscheinungsbild. Die Polizei ist in verschiedenen Veränderungen, die wir als GdP begleiten und eure Stimme in diesen Prozessen sind. Auch hier gilt es, die Interessen der Beschäftigten mit den Vorhaben in Einklang zu bringen.

Du willst dich ebenfalls für deine Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Du hast Ideen, wie wir als GdP besser werden oder die Interessen umsetzen können?

Dann werde jetzt aktiv, melde dich bei den Vertrauensleuten der GdP vor Ort und komm gerne zu uns. Dieses Jahr werden in den Jahreshauptversammlungen und auch auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen die Arbeit der GdP Frankfurt und Südhessen wieder gestaltet. Die Vorstände werden neu gewählt und die Anträge für die Arbeit der GdP in den nächsten Jahren beschlossen. Daher werde JETZT aktiv, bring dich ein und gestalte die Arbeit der GdP mit!

Wir freuen uns auf dich und deine Vorschläge.

Eure Vorsitzenden Christian Richter und Jochen Zeng

Protestaktion am 13.12.2025 vor dem PP FFM - Rede Jochen Zeng

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ihr so zahlreich erschienen seid. Wir werden heute die Straße blockieren, um unseren Unmut deutlich zu machen. Es reicht den Beschäftigten in Hessen, jahrelang werden wir bei der Besoldung hingehalten und nun nochmal ein erneuter Schlag ins Gesicht. Die Hessische Landesregierung sieht bei Einsparungen nur die Mög-

lichkeit bei den Beschäftigten, Stichwort #Sonderopfer. Ist dies ein Zeichen von Respekt und Wertschätzung? Von einem Geberland als Dienstherr wie das Land Hessen? Ich glaube nicht. Das Land Hessen führt eine Respektkampagne durch, aber warum endet dies dann bei der Bezahlung! Sparen bei uns, diese Aussage traf Herr MP Rhein bei der Pressekonferenz zum Haushalt 2025 – heißt aber scheinbar nur bei den Beschäftigten! Die Diätenerhöhung wird durchgeführt und andere Projekte beim Land Hessen ebenfalls. Ich frage mich, wieso ist der erste Schritt beim Sparen immer bei den Beschäftigten. Für andere Sachen ist genug Geld da: Hessengeld, neue Ministerien; warum wird nicht an politischen Wünschen gespart anstatt erneut bei den Beschäftigten. Diese werden seit 2013 verfassungswidrig besoldet, wann soll dieser Zustand endlich vom Land Hessen beendet werden. Was wäre denn, wenn die Polizei vier Monate zu spät kommt? Wir erfüllen jeden Tag unseren Auftrag, pflichtbewusst, gesetzestreu, im Sinne der Bevölkerung und für das Land Hessen. Können wir dann dieses Verhalten nicht auch vom Land Hessen, unserem Dienstherrn erwarten? Alle Länder und der Bund haben das Ergebnis der Tarifverhandlungen auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Wieso schafft dies finanziell nicht ein Geberland wie das Land Hessen. Wir werden weitere Aktionen gegen dieses erneute „Sonderopfer“ der Beschäftigten durchführen und hoffen, dass ihr auch dort euren Unmut kundtut. Wir sagen: Ohne uns läuft NICHTS und ES REICHT! Wir wollen endlich die Besoldung, die uns zusteht. Dies gehört auch als Zeichen des Respekts für die geleistete Arbeit dazu!



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für den Großraum Frankfurt am Main

der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Bergstraße,
Odenwald und D V/S Südhessen

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrher
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon 069 7891652

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum, Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

für die BZG Frankfurt:
Jochen Zeng (V.i.S.d.P.), Petra Moosbauer
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/M.

für die BZG Südhessen:
Christian Richter (V.i.S.d.P.)

Die Bezirksgruppe Südhessen im Internet:
PolReport.SH@gdp Hessen.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstraße 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

AKTIONEN ZUM BESOLDUNGSDIKTAT DER REGIERUNG

Frankfurt 01.02.2025



Die DGB-Mitgliedsgewerkschaften haben einmal mehr bewiesen, dass auf sie Verlass ist! Über 2.000 Mitglieder und Familiengedörige folgten dem landesweiten Aufruf in die Mainmetropole.

Schade nur aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei, dass zeitgleich im südosthessischen Neu-Isenburg der Parteitag der AfD zu den Bundestagswahlen stattfand. Das hat eine Menge Kolleginnen und Kollegen an diesem Wochenende beschäftigte, resümierte GdP-Landeschef Mohrherr.

Los gings stimmungsvoll vom Kaisersack in Richtung Opernplatz. Trommeln und Musik heizte den Demonstrierenden bei frostigen Temperaturen ein. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt klatschten Beifall du unterstützten die Anliegen der Landesbeamtinnen und -beamten mit spontanem Applaus!

Selbstredend wurde beim fast vierstündigen Aufzug und der sich anschließenden Abschlusskundgebung auch die Bundestagsereignisse thematisiert und kritisiert.

Angekommen auf dem sonnendurchfluteten Opernplatz wartete die aufgebaute Bühne auf die Redebeiträge. DGB-Chef Rudolph eröffnete und verurteilte den Weg der hessischen Landesregierung auf Schärfste.

Insbesondere bezog er auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in seinem Redebeitrag mit ein, die auch heute für Sicherheit und Ordnung und mit Blick ins nahe Neu-Isenburg auch die dort zeitgleich stattfindenden Demonstrationen aufmerksam begleiteten.

Keine freien Wochenenden, keine freien Feiertage, die Auftragsbücher unserer Polizei sind proppenvoll! Rudolph verdeutlichte zudem die einsetzende Fachkräftemisere, die den öffentlichen Dienst in Hessen jetzt insbesondere treffen werde.

GdP-Landeschef Mohrherr machte aus seinem Herzen erneut keine Mördergrube und ging mit den Verantwortlichen in Wiesbaden einmal mehr hart ins Gericht.

„Unseren Protest, den wir von Kassel über Alsfeld, Wiesbaden und Darmstadt heute erneut nach Frankfurt tragen, darf nicht enden! Die CDU-geführte Landesregierung hat einen Tabubruch begangen, indem sie das Beamtenrecht einmal mehr vom Tarifrecht abgekoppelt hat! Die SPD macht das einfach mit – so können wir das nicht hinnehmen!

Wir sind die ersten an Tatorten wie Solingen, Magdeburg oder Aschaffenburg. Wir identifizieren Leichen und Kinderleichen, überbringen Todesnachrichten und sprechen als erste mit Hinterbliebenen. Am 31. Januar jährte sich der Mord an „zwei von uns“ in Kusel das zweite Mal. Am 7. Januar wurde „einer von uns“ in Lauchhammer bei einer Verkehrskontrolle ermordet!

Das ist die aktuelle Lebensrealität und der Arbeitsalltag unserer Polizei von heute. „Wer hier vom sicheren Arbeitsplatz des Beamten spreche,“ gemeint sind politische Narrative der Wortführer Rhein, Lorz und Mansoori in der Landesregierung, „der hat den Schlag nicht gehört!“

Mohrherr forderte abschließend neben der Beseitigung der verfassungswidrigen Alimentierung auch die Personaldebatte nicht weiter zu ignorieren! Annähernd 4 Millionen Überstunden sprechen bei der Polizei für sich!

Wiesbaden 25.01.2025



Bei Ankündigung der CDU/SPD Landesregierung des Sonderopfers für die Alimentationsempfänger in Hessen haben wir unseren Protest gerade auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes angekündigt. Nach der kreativen Protestaktion beim CDU-Nominierungsparteitag haben wir den Protest natürlich auch vor die Haustür der mitverantwortlichen SPD getragen!

Scholz kam und wir waren da!

Wir werden nicht müde gegen die beabsichtigte, nachträgliche Verschiebung der Besoldungserhöhung und für eine gerechte Besoldung zu kämpfen!



Alsfeld 15.01.2025

Die Landesregierung hat uns sprichwörtlich ein „faules Ei ins Nest gelegt!“ Die Besoldung bei unserer Polizei ist durch die viermonatige Verschiebung ein Schlag ins Gesicht der über 10.000 Kommissare und Oberkommissare in der hess. Polizei!

„Eine Riesensauerei ist die Tatsache, dass hauptsächlich untere Besoldungsgruppen, A 6 bis A 10, bis ins Mark von der Besoldungskürzung betroffen sind! Bei steigenden Lebenshaltungskosten und Energiepreisen! Von wegen christlich-soziale Koalition in Wiesbaden! Wir sind auch Wählerinnen und Wähler. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Polizei sind treue Wählerreservoirs. Dies gilt auch insbesondere für unsere Bestandspensionäre. Wenn SPD und CDU meinen, die Bundestagswahlen wären ein Selbstläufer, täuschen sie sich gewaltig.“

Wiesbaden 12.12.2024



Seit 25 Jahren sind wir von unterschiedlichen CDU geführten Landesregierungen bereits einiges gewohnt! Der erneute Griff in die Portemonnaies der Beamtenfamilien ist nur wahrscheinlich nur die Ankündigung weiterer Einsparungen zu unseren Lasten!

Der Kompass dieser Haushaltspolitik zeigt keinen Weg! „Nebulös und Diffus“ sind Koordinaten, die Kapitän Rhein und Steuermann Mansoori durch Zahlmeister Lorz in dieser Woche gesetzt haben“, betont Mohrherr.

Offensichtlich soll „das Ruder durch Neuwahlen im Bund rumgerissen werden“, so die vage Hoffnung auf der „hess. Regierungsbrücke!“

Während andere Bundesländer und der Bund den Beamteneid durch den Tarifabschluss finanziell untermauern, erreicht „die Brücke in Hessen“ jetzt nicht mehr den „Maschinenraum!“, so die GdP.

Wiesbaden 03.12.2024



Obwohl die Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist, soll die für August gesetzlich vorgesehene Anhebung um 5,5 Prozent verschoben werden. Damit spart das Land Hessen 180 Millionen an seinen Beamtinnen und Beamten – zusätzlich zu dem, was Hessen durch die verfassungswidrige Besoldung seit mindestens 2013 bereits eingespart hat. Den Beamtinnen und Beamten wird schon wieder ein Sonderopfer abverlangt!

Gleichzeit wird angekündigt, jede 3. freierwerdende Stelle nicht wieder zu besetzen, ausgenommen Schulen, Polizei und Justiz. Damit verschlechtert das Land die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sowie die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger hält junge Menschen vom öffentlichen Dienst fern. Die Anhebung um 5,5 Prozent ab August setzt das Tarifiergebnis um, für das die Hessischen Tarifbeschäftigten auch mit Unterstützung der Beamtinnen und Beamten gekämpft haben.

POLIZEI BEFINDET SICH IM DUNKELROTEN BEREICH

Es ist ein atemloses Jahr. Anschläge in Frankfurt am Main im HBF und in Solingen, die Gefahr weiterer Terrorattacken, zuvor der Großeinsatz zu Fußball-EM, Dauereinsatzlagen mit hoher Präsenz in den Innenstädten, jetzt die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen wegen der Eskalation in Nahost – und dazu die Bekämpfung von Messerkriminalität als Daueraufgabe: Für die Kolleginnen und Kollegen gibt es immer neue Herausforderungen!

Hohe Abbrecherquoten beim polizeilichen Nachwuchs an der HöMS machen gut gemeinte Einstellungsoffensiven zu nichts! Mit rund 20% lag die Drop-out-Quote so hoch wie nie. Und die Tendenz ist weiter steigend.

Wer also wirklich will, dass mehr Nachwuchs in den Behörden ankommt, dass die Polizei Entlastung erhält, der hat hier Stellschrauben, an denen sofort gedreht werden muss.

Auf die Polizei ist Verlass. Und auf die Politik?

110 – wir kommen! Kolleginnen und Kollegen meistern jedes Einsatzgeschehen. Engagiert und hochprofessionell versehen wir unseren Dienst, mag die Lage auch noch so fordernd sein. Wir haben einen Eid geschworen, und das merkt man.

Tiefer Respekt und Anerkennung aus dem Regierungslager scheitert krachend, wenn monetäre Zusagen mal wieder nicht eingehalten werden! Auf die Polizei ist Verlass. Und auf die Politik ...?

Mehr denn je müsste sie der Polizei den Rücken stärken, ihr die nötigen Ressourcen bereitstellen. Die bereits gesetzlich beschlossene Besoldungsübertragung vor der Ziellinie zu kippen, zeugt von politischer Unanständigkeit!

Jetzt ist die Zeit!

Bei Haushaltsfragen geht es um Prioritätensetzung. Innere Sicherheit muss ganz oben stehen! Die Polizei muss kräftemäßig gestärkt werden.

Die Landesregierung muss umsteuern, und das rasch!

Viele von uns fühlen sich nicht nur vorgeführt, sondern schlichtweg betrogen!

Einerseits wird die Verfassungskonformität als Kompass der haushaltspolitischen Entscheidungen proklamiert, andererseits nimmt die christlich-soziale Landesregierung den Rechtsbruch der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung hin und verweist stoisch auf die ausstehende Entscheidung des BVerfG in dieser Causa! An den Haushaltsgesetzgeber: Handeln Sie jetzt!

„Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen, sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.“



Die Verfassung des Landes Hessen und das Gesetz zur Besoldung wahren also. Ein Eid, der Rhein eigentlich dazu verpflichtet, für eine verfassungsgemäße Besoldung zu sorgen. So, wie es das höchste hessische Gericht auch entschieden hat! Inbar steht der Schwörende jedoch auch über der Verfassung und Gesetzen!

VOM BRÜCKENHAUSHALT ZUM BESOLDUNGSDIKTAT

DER GESETZESBRUCH DER LANDESREGIERUNG MIT WOHLFEILEN SÄTZEN

Innenminister Poseck zum Gesetzentwurf der Landesregierung:

Der Hessische Landtag hat am 11.12.2024 in erster Lesung über den Entwurf der Regierungsfractionen für ein „Gesetz zur Umsetzung der Haushaltsvorgaben bei der Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in dem Jahr 2025“ beraten.

Dazu Innenminister Poseck in einer Pressemitteilung:

„Die anhaltende Wachstumsschwäche Deutschlands stellt auch die Länderhaushalte vor große Herausforderungen. Werksschließungen und Entlassungen nehmen zunehmend Raum in den Schlagzeilen ein.

Aufgrund deutlich geringerer Einnahmen infolge der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung besteht auch in Hessen ein erheblicher Konsolidierungsbedarf im Landeshaushalt. Dieser Konsolidierungsbedarf ist in den vergangenen Wochen auch durch schlechte Steuerschätzungen und Auswirkungen des Zensus stetig angestiegen.

Die Landesregierung muss ungefähr zwei Milliarden Euro im Haushalt 2025 einsparen. Das ist eine gewaltige Herausforderung. Das Ausmaß des Einsparerfordernisses war bei Abschluss des Tarifvertrages im März so nicht absehbar.

Alle Bereiche müssen nun einen Beitrag leisten, damit die enorme Kraftan-

„Mir ist wohl bewusst, dass sich die herausragende Arbeit der hessischen Beamtinnen und Beamten auch finanziell auszahlen muss. Eine angemessene Bezahlung der Beamtinnen und Beamten sowie Besoldungsempfänger wird weiter ein Schwerpunkt der Hessischen Landesregierung bleiben. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass Beamtinnen und Beamte mit die sichersten Jobs haben, die es gibt. Gehaltserhöhungen von mehr als zehn Prozent in einem Jahr sind nirgendwo selbstverständlich; sie suchen in der aktuellen Besoldungsentwicklung ihresgleichen“.



strengung bei der Konsolidierung für den Brückenhaushalt 2025 gelingen kann.

Schmerzliche Einsparungen erfolgen an vielen Stellen im Haushalt.

Das ermöglicht Spielräume für andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erhöhung der Zulage für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Investitionen in die Ausstattung und in den Katastrophenschutz. Die zahlreichen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben für unser Land müssen weiter bewältigt werden können.

Angesichts des erheblichen Konsolidierungsbedarfs hat die Hessische Landesregierung nach reiflicher Abwägung den nicht einfachen Entschluss gefasst, die zweite Besoldungsanhebung im Jahr 2025 um vier Monate zu verschieben.

Dieser Schritt entlastet nicht nur das Land um rund 180 Millionen Euro, sondern trägt auch zur Entlastung der Kommunen bei. Die Verschiebung ist schmerzvoll, aber in Anbetracht der Konsolidierungsnotwendigkeiten maßvoll und notwendig.

Es bleibt weiterhin dabei, dass die Besoldung und das Ruhegehalt im nächsten Jahr um mehr als zehn Prozent steigen werden. Das ist ein großer und historisch einzigartiger Sprung. Nur ein stabiler Haushalt sichert langfristig die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers Land Hessen und ermöglicht eine generationengerechte Haushaltspolitik. Deshalb sind die vorgesehenen Maßnahmen unerlässlich.“ Was ist denn eigentlich mit den Diäten Herr Minister? Sie sind ein Vorbild! ■

P. Wittig

AUFTAKT ZUR GDP DEZEMBERPROTESTWOCHE

MIT VER.DI UND DEM DGB IN DARMSTADT

Am Mittwoch, den 11. Dezember, haben wir gemeinsam mit ver.di und den DGB-Gewerkschaften aus Südhessen/Darmstadt auf dem zentralen Luisenplatz, direkt vor dem Regierungspräsidium Darmstadt, unseren Protest auf die Straße getragen.

Bis dahin hatten wir als GdP Hessen neben der Aktion in Griesheim vor allem die medialen Kanäle genutzt, um unseren Unmut über die Besoldungsverschiebung zum Ausdruck zu bringen. In der Aktionswoche haben wir diesen Protest jedoch mitten in die Innenstädte getra-

gen.

Der Auftakt fand direkt vor der Haustür des Regierungspräsidiums Darmstadt statt. Hier wird nicht nur beabsichtigte die Besoldungsverschiebung zu spüren sein – im Gegensatz zum Polizeibereich darf auch jede dritte freie Stelle nicht neu besetzt werden. Die klare Botschaft aller Demoteilnehmer: **„Das lassen wir uns nicht bieten!“**

Knapp hundert Teilnehmer folgten dem Aufruf der Gewerkschaften, gegen den Sonderopferhaushalt der schwarz-roten Landesregierung Flagge zu zeigen. In mehreren Redebeiträgen wurde deutlich, dass die nachträgliche Änderung des





bereits beschlossenen Besoldungsgesetzes nicht nur ein Betrug an der aktiven Beamtenschaft, sondern auch an den Versorgungsempfängern und Arbeitnehmern ist. Die Tarifverhandlungen zum TV-H standen zu 100 % unter dem Vorzeichen der Übernahme auf die gesamte Beamtenschaft und waren von Anfang an Teil der „Verhandlungsmasse“. Die Vorzeichen jetzt nachträglich zu ändern, ist mindestens ein Vertrauensbruch – für viele noch mehr.

Der Vorsitzende der GdP Südhessen, Christian Richter, sagte in seinem Beitrag: „Selbst meine Kinder wissen, dass einmal vereinbarte Spielregeln während der Runde nicht mehr geändert werden dürfen! Ministerpräsident Boris Rhein spricht davon, nicht am Bürger und der Zukunft dieses Landes zu sparen, sondern bei sich selbst – aber mit dieser Einsparung am Personal wird sehr wohl an der Zukunft dieses Landes und auch an seinen Bürgern gespart. Oder sind über

100.000 Beamte mit ihren Familien keine direkten Bürger dieses Landes?“

Wir sind uns alle einig: Ein Sonderopfer der hessischen Beamten im Namen der Schuldenbremse darf es nicht geben – und schon gar nicht ausgehend von einer Besoldung, die wohl schon seit über einem Jahrzehnt verfassungswidrig zu niedrig ist!

C.R.

Kurzbeitrag zum Protest in Darmstadt:



PROTESTAKTION AM 13.12.2024 VOR DEM POLIZEIPRÄSIDIUM FRANKFURT

Nachdem die Landesregierung Hessens den Beamten ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk in Form eines Stückes „Kohle“ überreicht hatte, fand am 13. Dezember 2024 vor dem Polizeipräsidium in Frankfurt eine Protestaktion gegen die geplanten Einschnitte der Landesregierung statt, die von über 300 Kolleginnen und -kollegen der Polizei, Lehrerschaft und anderen betroffenen Zweige unterstützt wurde. Im Mittelpunkt der Demonstration stand das weitere „Sonderopfer“ der Beamten und Beamtinnen, gegen das die Teilnehmer Flagge zeigten.

Die diversen Plakate, Schilder und Banner, die von den Teilnehmern gen Himmel gestreckt wurden stellten prägnant die grundlegenden Probleme dar, mit denen viele Beamte konfrontiert sind: Ein Kollege stellt die berechnete Frage in den Raum wie sich Beamte das Wohnen in den Gegenden leisten sollen, die sie schützen und verweist auf das Problem, dass Gehälter oft nicht den steigenden Lebenshaltungskosten entsprechen – besonders in Großstädten.

Weitere Kollegen teilen ihre Frustration und Kündigungsbereitschaft mit. Die Erwähnung zeigt, dass die Unzufriedenheit unter den Beamten groß ist und ihre Motivation zunehmend schwindet. Ein attraktiver Arbeitgeber sieht anders aus. Die Veranstaltung beinhaltete Redebeiträge von Vertretern des Deutschen Ge-



werkschaftsbundes (DGB), der GEW von ver.di und Jochen Zeng, dem Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe Frankfurt. Unterstützung erhielt die Aktion ebenfalls durch den Landesvorsitzenden Jens Morherr.

Jochen Zeng nutzte seine Rede, um die Versprechungen des Ministerpräsidenten kritisch zu hinterfragen und gab diesem symbolisch das Stück „Kohle“, das Unartigen traditionell hinterlassen wird, zurück. Er machte auf die Unglaubwürdigkeit der Aussage aufmerksam, dass „alle“ sich einschränken müssten, während zeitgleich Diätenerhöhungen, das Hessengeld und die Schaffung neuer Ministerposten ohne Verzögerung umgesetzt werden und von den Kosten her in die Milliarden gehen. Mit der rhetorischen Frage, „Was wäre, wenn die Polizei 4 Monate zu spät kommt?“, setzte er ein starkes Zeichen für die Ungerechtigkeit gegenüber den Beamtinnen und Beamten.

Jochen Zeng erinnerte zudem an die verfassungswidrige Besoldung, die seit 2013 besteht, und forderte die Landesregierung eindringlich dazu auf, endlich ihrer Ver-

antwortung gerecht zu werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung blockierten die Protestierenden symbolisch für 5 Minuten die Kreuzung Miquelallee / Adickesallee vor dem Polizeipräsidium Frankfurt, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Hier wurde auf kaum übersehbaren Bannern die Anerkennung der Beamtenarbeit mit der freundlichen Erinnerung „Ohne uns Beamte läuft nichts“ unterstrichen, wie essenziell ihre Arbeit für das Funktionieren der Gesellschaft ist. Alleine diese sanfte Erinnerung an die Landesregierung ist eine gerechtfertigte Forderung die gebührende Anerkennung in Form fairer Bezahlung zu zeigen.

Ein weiteres Banner fordert die Modernisierung der Gehaltsstruktur. Die Forderung, die „Bezahlung von Gestern“, die den heutigen Herausforderungen und Anforderungen nicht mehr gerecht wird einzustellen, ist ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Die Landesregierung muss endlich die Sorgen ihrer Angestellten anerkennen und den „Update-Button“ drücken.



GEDANKENGÄNGE EINES IDEALISTEN

ERINNERST DU DICH NOCH, WO DU WARST, ALS DICH DIE NACHRICHT VOM ANSCHLAG IN MÜNCHEN AM 13. FEBRUAR 2025 ERREICHTE?

Heute Abend, kurz vor Redaktionsschluss, war die Innere Sicherheit in dieser Reihenfolge das beherrschende Thema in der Tagesschau: der Anschlag in München; das Gerichtsverfahren zum Attentat in Mannheim, bei dem unser Kollege ermordet wurde; der Untersuchungsausschuss zum Weihnachtsmarktanschlag in Magdeburg und die Entschuldigung eines afghanischen Mädchens nach einem tödlichen Messerangriff in Aschaffenburg.

Ein Kollege fragte kürzlich: Werden wir uns in ein paar Wochen noch daran erinnern, wo wir waren, als wir von dem Anschlag in München (Solingen, Magdeburg, ...) erfuhren, oder ist das inzwischen zur traurigen Normalität geworden?

Der Bundestagswahlkampf drehte sich fast ausschließlich um die Folgen der Migration und deren Bewältigung. Gleichzeitig sorgt die hessische Landesregierung für Empörung, indem sie ankündigt, ein bereits beschlossenes Gesetz zur Besoldungsanpassung rückgängig zu machen. Das bedeutet: die gesamte hessische Beamtenschaft soll für vier Monate auf die zugesagten 5,5 % verzichten, damit an anderer Stelle „Erfolgsprojekte der Landesregierung“ weiter ins Schaufenster gestellt werden können.

>> ES GEHT UM DAS VERTRAUEN – WER NICHT MEHR VERTRAUEN KANN, WIRD KRANK <<

Schon vor dem Messerattentat in Solingen hatte die hessische Polizei die Marke von vier Millionen Überstunden überschritten – trotz ständiger, wiederholter Auszahlungen von Mehrarbeit. Noch nie war es so deutlich: die Sicherheitsarchi-

tektur in Deutschland ist überlastet, und Hessen bildet dabei keine Ausnahme. Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten Tag für Tag Außergewöhnliches, das mit Geld nicht aufzuwiegen ist. Umso wichtiger ist es, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird. Unsere KG-Vorsitzende Dörte Steiger hat dies in ihrem Beitrag (in dieser PolizeiReport-Ausgabe) zur „Work-Life-Balance“ eindrucksvoll dargestellt.

Doch was geschieht stattdessen? Die Ankündigung dieses „Sonderopfers“ durch die hessische Landesregierung sendet genau das falsche Signal. Ministerpräsident Boris Rhein sagte: „Wir sparen nicht am Bürger, sondern bei uns selbst.“ Einen Moment lang hätte man glauben können, er meine wirklich sich selbst. Doch weit gefehlt: Gemeint sind jene, die unser Land am Laufen halten! Diese Besoldungskürzung betrifft nicht nur die betroffenen Beamten, sondern auch ihre Familien. Eine Kollegin sagte es treffend zu Innenminister Prof. Dr. Poseck: „Wir sind nicht Ihre Kinder. Aber wenn ich sparen muss, dann nicht am Taschengeld meiner Kinder, sondern bei mir selbst.“ Dasselbe hätte man von der Landesregierung erwartet.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich diesem Sonderopfer entschlossen widersetzt wie keine andere Gewerkschaft in Hessen. Hier einige Beispiele unseres Protests:

- Ständige Präsenz auf Social Media
- Protestaktion beim Besuch des Innenministers bei der Personalversammlung in Griesheim
- Teilnahme an der Aktionswoche mit dem DGB in Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt, Gießen und Kassel (Teilweise mit Straßenblockaden, etc.)
- Demonstrationen beim CDU-

Parteitag in Alsfeld und beim Besuch von Kanzler Scholz in Wiesbaden

- Demoaufzug mit über 2.500 Teilnehmenden durch Frankfurt
- Unterschriftenaktionen und direkte Anschreiben an Abgeordnete
- Intensive Gespräche auf allen politischen Ebenen

Ministerpräsident Boris Rhein hat sich keinem dieser Proteste gestellt. Besonders negativ fiel sein Verhalten beim CDU-Nominierungsparteitag in Alsfeld auf: statt den legitimen Protest anzuhören, nahm er den Hintereingang zur Halle und feierte sich drinnen für seine vermeintlich erfolgreiche Regierungsarbeit. Zur Wahrheit gehört auch: im Gegensatz dazu suchte Innenminister Prof. Dr. Poseck immer wieder aktiv und Wertschätzend das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen! Doch auch er unterliegt den Zwängen der Gesamtregierung.

Eines ist sicher: Die GdP wird nicht nachlassen, die Finger in die Wunde zu legen! Wir werden uns nicht mit einer amtsunangemessenen Besoldung und unzureichenden Tarifaabschlüssen abfinden – wir werden mit allen demokratischen Mitteln weiter für sie kämpfen. Gerade mit Blick auf das was sich – wie eingangs erwähnt – gesamtpolitisch in diesem Lande tut, ist es wichtig, dass unsere Kinder in einem freien und sicheren Land aufwachsen. Dazu gehört eine Regierung die unser aller Vertrauen verdient genauso wie eine Polizei und öffentliche Verwaltung, in der Beschäftigte Wertschätzung erfahren und mit Leidenschaft ihren Dienst verrichten. Nicht weniger als das steht auf dem Spiel. Weniger darf nicht unser Anspruch sein!

C.R.

TARIFVERHANDLUNGEN ZUM TVÖD

WARNSTREIKS BEI DEN STADT- UND HILFSPOLIZEIEN MIT DER GDP IN SÜDHESSEN

„Einigungsfähig und einigungsbereit“, aber in den Positionen noch weit auseinander. Ergebnislos sind wir nach der ersten Tarifrunde TVöD mit der Arbeitgeber-

seite auseinander gegangen.

Wir sind herbe enttäuscht. Das Verhalten der Arbeitgeber war zwar vorhersehbar, dennoch ist es angesichts der Lage der Beschäftigten nicht angemessen!“ „Löhne rauf, Belastung runter: Das ist unsere Ansage!“

Vor der zweiten Runde der Tarifverhandlungen zum TVöD fand am Mittwoch, den 12.02.2025 unter dem oben beschriebenen Eindruck in Rüsselsheim am Main der erste Warnstreik im öffentlichen Dienst statt, zu dem auch die GdP mit auf-

gerufen hatte. Der ganztägige Warnstreik begann um 09:00 Uhr mit einer Auftaktkundgebung. Insgesamt beteiligten sich etwa 350 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst, darunter Mitglieder der Gewerkschaften verdi, GEW und GdP.

Neben der Stadt Rüsselsheim am Main beteiligten sich auch die Gemeinde Trebur und die Stadt Ginsheim-Gustavsburg an der Arbeitsniederlegung. Der Streik begann am Theater Rüsselsheim und zog sich über die Hasslocher Straße und die Friedenstraße bis zum Marktplatz Rüsselsheim, wo vor dem Rathaus eine öffentliche Kundgebung stattfand.

Parallel zum Aufzug in Rüsselsheim hatte verdi zusammen mit der GdP auch in den Kommunen Riedstadt, Groß-Gerau, Büttelborn, und Mörfelden-Walldorf zu Warnstreiks aufgerufen. Dort fand zentral am Rathausplatz Riedstadt-Goddellau eine Kundgebung statt.

Wir fordern:

- Erhöhung der Entgelte im Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350,00 Euro monatlich.
- Erhöhung und Dynamisierung der Wechselschichtzulage auf 307,37 Euro Anhebung der Bewertung als Arbeitszeit innerhalb des Bereitschaftsdienstes bei Arbeitsleistung bis zu 25%, Bewertung als Arbeitszeit 70 %
- Verdopplung der tariflich geregelten Rufbereitschaftsentgelte
- Erhöhungen der Zeitzuschläge
- Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen sollen um 200,00 Euro monatlich erhöht werden
- Auszubildende und Studierende sind nach erfolgreichem Abschluss unbefristet in Vollzeit zu übernehmen.
- Zusätzlich drei freie Tage (§26 TVöD) sowie einen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder (Differenzierungsklausel)
- Einrichtung eines Meine-Zeit-Kontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen
- Manteltarifliche Änderungen für Beschäftigte
- Manteltarifliche Änderungen für Auszubildende, Studierende und Praktikantinnen

Kersten Hirschmüller



LÖHNE RAUF BELASTUNG RUNTER

WIR FORDERN

**Mehr Geld
Mehr Entlastung
Mehr Erholung**

Tarifrunde TVöD 2025

www.gdp.de/tarifrunde2025

Werde Mitglied der
Gewerkschaft
der Polizei



Die nächsten Tarifrunden finden am 17. und 18. Februar und vom 14. bis 16. März 2025 in Potsdam statt.

Diese TVöD-Runde ist für alle Beschäftigten in der Polizei ein klares Signal. Ende des Jahres gehen die Länder in die Verhandlungen für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und Anfang 2026 geht es mit dem TV-Hessen in die nächste Runde.

LANDESREGIERUNG TRITT WERTSCHÄTZUNG MIT FÜSSEN

BESOLDUNGSGESETZ EINKASSIERT – WIE WURDE BORIS RHEIN ZUM REGENTEN?

Es ist einmalig in der politischen Landschaft in der Bundesrepublik. Die hessische Landesregierung revidiert „aus der Hüfte geschossen“ ein Gesetz, das sie zuvor selbst geschaffen hat.

Der Umstand, bei dem eine Landesregierung ihre politischen Entscheidungen scheinbar vorsätzlich revidiert, hat tiefgreifende Auswirkungen: nicht nur werden dabei Versprechen gebrochen, sondern auch die engagierten Beschäftigten des Landes erfahren mangelnde Wertschätzung und Anerkennung.

Dieses Diktat der Landesregierung, besser gesagt, dieser Alleingang der hessischen CDU-Regierungsfraction, ist mit Worten kaum zu beschreiben. Dazu später mehr.

Welch ein armseliges Bild und welch ein herabwürdigendes Zeichen ist dies an die Beschäftigten.

Was treibt einen Ministerpräsidenten Boris Rhein dazu, überhaupt auf solch einen Gedanken zu kommen, wohlwissend, dass dies einen riesen Ärger in seinem früheren Ressort auslöst.

Er hat insbesondere im hessischen Innenministerium seine Wurzeln und dort zunächst als Innen-Staatssekretär und später als Innenminister gewirkt.

Er hat immer einen engen und sehr intensiven Kontakt zu seinen Beschäftigten gepflegt und war aus meiner Sicht in diesen beiden Ämtern immer ein vertrauensvoller Ansprechpartner.

Ich erinnere mich an meine Zeiten im Hauptpersonalrat der Polizei. Die Gesprächsrunden mit ihm waren in beiden Ämtern von Vertrauen und Anerkennung geprägt. Ich hatte immer das Gefühl, dass wir ernstgenommen werden und Personalräte und Gewerkschaften nicht bloß ein notwendiges, leidiges Übel sind.

Es war anders als unter seinem Vorgänger Volker Bouffier, der bekanntermaßen ebenso beide Ämter innehatte. Aber das ist ein anderes Thema, um nicht noch weiter zurück zu Roland Koch zu blicken. Schlimme Zeiten für die hessische Polizei aus meiner Sicht. Wir wurden wahrlich nicht ernst genommen. Und was sowohl Koch als auch Bouffier von ihrer Polizei hielten, ist ebenso bekannt wie schlimm.

„Krawallmacher“, so mussten wir uns von diesen Menschen betiteln lassen.

Zurück zum Eingangsthema.

Was muss in einem Menschen wie Boris Rhein vorgehen, solche Entscheidungen zu treffen und weshalb ausgerechnet dort, wo er doch Anerkennung hatte?

Man könnte durchaus auf den Gedanken kommen, dass der Mensch Rhein sich auf seinem steilen Weg nach oben allen Übeln entledigt hat.

Clever, wenn dies so wäre und aus meiner Sicht auch durchaus zutreffend.

Zunächst konnte ihn niemand innerparteilich auf dem Weg zum höchsten hessischen Politikamt aufhalten. Auch nicht sein Vorgänger Bouffier, dessen Verhältnis zu ihm wohl nicht das Allerbeste schien.

Als er vor langer Zeit „abgeschoben“ wurde ins Wissenschaftsministerium und dort als Minister wirkte, machte er sich noch lustig darüber. Er habe es doch inzwischen soweit gebracht, dass er in seiner eigenen Straße arbeitet. War „sein Ministerium“ doch in der Rheinstraße in Wiesbaden angesiedelt.

Blickte man aber auf sein verschmitzt lachendes Gesicht, war mir zumindest klar, dass er sehr bald „zurückkommt“.

Und so kam es dann auch, Step by Step, aber kontinuierlich nach oben.

Die nächsten Hindernisse räumte er dann nach der hessischen Landtagswahl im Oktober 2023 aus dem Weg. Der bisherige Koalitionspartner, also die Grünen, lagen gerade einmal 0,3 % unter dem der SPD (14,8 % zu 15,1 %).

Die CDU mit Rhein lag mit 34,6 % weit vorne. Das war das Signal zum Paukenschlag, völlig unerwartet.

Er „beseitigte“ das nächste Hindernis, die Grünen und entschied sich für eine Koalition mit der SPD, wumms.

Hoffnung keimte auf, insbesondere bei uns Polizeibeschäftigten, die gerade unter dem Einfluss der Grünen doch einiges hinnehmen mussten, was heute noch immer Nachwirkungen hat.

Also war die Aussicht, dass sich für uns vieles besser entwickelt, durchaus realistisch. Hoffnung auf positive Änderung war greifbar.

Und schon sind wir wieder bei Boris Rhein. Er hatte seinen letzten Schritt getan, die Hindernisse waren alle weg.

Von da an konnte er gnadenlos seine eigene CDU-Politik durchsetzen. Der kleine Partner muckt bis heute nicht auf!

Wo ist eigentlich diese SPD, wo sind die Günter Rudolphs, wo die Heike Hoffmanns?

Ich erinnere mich gut an die Wahlkampfphase der SPD. Gerade Heike Hoffmann mit „ihrem Team“ ließ sich in den Personalratsbüros der hessischen Polizeipräsidien blicken und warb mit ihren Themen zur inneren Sicherheit.

Schön war es, das war's dann aber auch schon. Heute...? Nichts hört man mehr.

Und Günther Rudolph? Ein gestandener und anerkannter SPD-Grande, der immer, wirklich immer, für das stand, was er sagte und nicht nur versprach. Angenehm.

Heute hat man ihn aus meiner Sicht kaltgestellt, einfach so scheint er verschwunden zu sein. Schade.

Der kleine Partner in der „großen Koalition“ fällt nicht auf, überhaupt nicht.

Und so kommen wir wieder zurück zu Boris Rhein. Dem ich an dieser Stelle meine allerhöchste Anerkennung aussprechen muss. Er hat alles richtig gemacht. Seinen Kritikern und politischen Gegnern hat er Schritt für Schritt gezeigt, wer am Ende obsiegen wird, nämlich er.

Keiner redet ihm mehr r(h)ein, auch parteiintern ist er nahezu unantastbar geworden. Bundespolitisch stieg er ebenfalls in die Top-Ten der beliebtesten Politiker auf und war teils sogar in die Diskussionen um einen Kanzlerkandidaten eingestiegen.

Meinen Respekt Herr Rhein.

Eigentlich ist es aktuell so, dass wir es mit einer „gefühlten“ CDU-Alleinregierung zu tun haben.

Der Regent Boris Rhein tritt die Beschäftigten mit den Füßen

Nun sind wir wieder am Beginn dieses Artikels. Was macht ein Regent Rhein mit uns Beschäftigten?

Schön klang es noch vor den Wahlen, was doch so alles für den Polizeibereich getan werden soll. Neue, sinngebende Ermittlungsmöglichkeiten sollten die Ermittler erhalten. Die Bekämpfung immer wiederkehrender Kriminalitätsphänomene war eines der zentralen Themen.

Beim Thema Vorratsdaten und Onlineermittlungen wollte Hessen Zeichen setzen. Was Grüne lange verhinderten, war plötzlich greifbar nahe. Aber die Gefahr bestand, dass diese Grünen weiterhin die Vorhaben der CDU lähmen könnten.

Zur Erinnerung: Die Tarifrunde 2024

Am 15. März 2024 haben sich die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen auf ein Eckpunktepapier geeinigt.

Bei der Anpassung der Löhne und Gehälter der Tarifbeschäftigten einigte man sich darauf, zum 1. Februar 2025 eine Erhöhung um 200 Euro und zum 1. August 2025 eine Erhöhung um weitere 5,5 Prozent, zusammen mindestens 340 Euro umzusetzen.

Das Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht. Diese ungeschriebene Umsetzung ist ein althergebrachter Grundsatz im Rahmen von Tarifeinigungen und die Folgen.

Dieser Grundsatz beruht auf Vertrauen und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten und deren Familien.

Am 19. Juni 2024 wurde die Übernahme auf die Landesbeamten im Landtag per Gesetz beschlossen.

Monetär bedeutete dies eine Erhöhung der Gehälter zum 01.02.2025 um 4,8% und ab 01.08.2025 um weitere 5,5%.

Der hessische Innenminister am frühen Abend im Interview mit dem HR:

„Heute ist ein guter Tag“. Eine deutliche Gehaltserhöhung, die es so „ausgesprochen selten“ in der Landesgeschichte gegeben habe. Es sei eine Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit von Frauen und Männern, die dafür sorgten, dass zum Beispiel Schulen, Polizei und Rechtsstaat funktionierten.“

Es gab auch Kritik von der GdP, insbesondere zum nicht übernommenen Sockelbetrag wie im Tarifbereich. Dies benachteiligte gerade die unteren Besoldungsgruppen.

Aber, schließlich überwog die Freude über die per Gesetz zementierten Gehaltssteigerungen.

Gesetz soll durch Gesetz ersetzt werden

Wir springen in den November 2024. Am 12. November 2024 haben der Innenminister Poseck und Finanzminister Lorz den Gewerkschaften mitgeteilt, dass sie beabsichtigen, die Besoldungserhöhung für die 105.000 hessischen Beamtinnen und Beamten nicht im August 2025, sondern erst im Dezember 2025 auszuzahlen.

Ungläubiges Staunen und Ärger machte sich breit.

Was zunächst für ein Scherz gehalten wurde, kristallisierte sich als knallhartes Besoldungsdiktat und Bruch jeglicher Wertschätzung heraus.

Dies wurde im Dezember 2024 durch die Regierungskoalition in den hessischen Landtag eingebracht und soll im März 2025 in Kraft treten.

Treffen wird das vor allem die unteren Besoldungsgruppen. Wir erinnern uns: Die Gleichbehandlung von allen Beschäftigten stand im Zeichen der galoppierenden Preise. Es ging darum, real verlorene Kaufkraft auszugleichen. Das den Beamtinnen und Beamten jetzt zu kürzen, ist eine besondere Härte.

Gesetze erst parlamentarisch zu verabschieden, und sie dann nach Gusto nachträglich durch ein neues Gesetz zu eliminieren, schwächt nicht nur das Vertrauen in Politik. Die Feinde der Demokratie stehen am Rand und reiben sich lachend und feixend die Hände.

Dazu entfernt sich Hessen mit solchen Diktaten immer weiter von einer verfassungskonformen Besoldung, die aktuell immer noch herrscht und nicht korrigiert wurde. Mit der neuen Besoldungskürzung ist auch nicht ersichtlich, wie man das nun auch noch ausgleichen will. Und auch hier trifft es wieder stärker die unteren Besoldungsgruppen.

Ich habe dazu eine klare Meinung. Mit solchen Maßnahmen hat die neue Regierung unter CDU und SPD, angeführt von dem eingangs beschriebenen „Aufsteiger des Jahres“ Boris Rhein jegliches Vertrauen in die Landesbeamtinnen und Landesbeamten verspielt.

Es ist eine Schweinerei und für mich unvorstellbar gewesen, dass so etwas in unserem Land geschehen kann. Man schafft Gesetze im Rahmen von jahrzehntelangen geführten Tarifverhandlungen.

Und wenn es haushalterisch nicht mehr passt, greift man bei denen zu, die sich so meint man, nicht wehren können.

Ein neues Gesetz wird über das andere gezogen und löscht ein verbindliches Ergebnis zwischen den Tarifpartnern einfach wieder aus.

Es ist nicht nur unverschämte, böse und willkürliche, sondern stellt für mich auch die Grundsätze unseres Beamtenrechts auf den Prüfstand.

Wie soll sich die Waage des Dienst- und Treueverhältnisses eigentlich noch auspendeln? Die hergebrachten Grundsätze erwarteten immer eine möglichst waagerechte Ausrichtung beider Seiten.

Dies scheint mit solchen Diktaten der Regierung über Bord geworfen zu sein.

Wie dämlich kann man eigentlich sein, frage ich mich. Wo werden die Hirne zum Nachdenken noch eingeschaltet? Wo sind die politischen Berater der Regierungsparteien? Und vor allen Dingen, wo ist der kleine Partner SPD? Er existiert scheinbar nicht. Froh über ein paar Ministerämter für handverlesene Menschen in der SPD.

Tragende Rollen haben alle die in vergangenen Jahren nicht begleitet.

Man versteckt sich einfach im Hintergrund, möchte nicht auffallen und einfach nur dankbar sein, dass Onkel Rhein die SPD überhaupt ins Boot geholt hat.

Was ist mit den Versprechungen vor der Wahl bzw. in den Jahrzehnten zuvor, als man wirklich meinte, regieren zu können.

Was muss ein gestandener Sozialdemokrat wie Günter Rudolph empfinden, wenn er derzeit beobachtet, wie sich seine SPD anbietet und offensichtlich nichts, aber auch gar nichts zu melden hat?

Ein Trauerspiel, was dort zur Zeit abgeliefert wird.

Die Neujahrsansprache des Boris Rhein

Und, als ob es nicht schon genug wäre, dass man sich solchen Diktaten fügen muss, besitzt dieser Ministerpräsident Boris Rhein noch die Dreistigkeit und setzt in seiner Neujahrsansprache im HR noch einen drauf und verkündet öffentlich:

„Wir sind ein Land, in dem Menschen Großartiges leisten: in Schulen und Kitas, in Krankenhäusern und der Pflege, im Rettungsdienst, bei den Feuerwehren, in der Polizei und der Justiz. Sie alle verdienen unseren Dank. Sie alle verdienen unsere Wertschätzung.“

Hessen hält zusammen. Dieser Zusammenhalt macht unser Land stark. Dieser Zusammenhalt lässt uns Krisen und Herausforderungen meistern.“

Wenn ich diese Worte höre, fallen mir die Haare büschelweise aus. Es kommt mir so vor, als mache er sich auch noch lustig über uns.

Die Folgen von gebrochenen Versprechen

Die politische Landschaft ist oft geprägt von Entscheidungen, die zunächst als Fortschritt und Innovation gefeiert werden – nur um später, wenn sich Prioritäten ändern, wieder zurückgenommen zu werden. Dieser Umstand, bei dem eine Landesregierung ihre politischen Entscheidungen scheinbar vorsätzlich revidiert, hat tiefgreifende Auswirkungen:

Der bewusste Rückzieher von politischen Entscheidungen durch eine Landesregierung, verbunden mit gebrochenen Versprechen und der mangelnden Wertschätzung der Beschäftigten, hinterlässt einen tiefen Riss im Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger. Notwendige Anpassungen dürfen nicht auf Kosten der Transparenz und der Anerkennung derjenigen gehen, die den Staat überhaupt erst funktionstüchtig machen. Polizei und andere gehören dazu. Schämen Sie sich Herr Rhein! ■

Peter Wittig

UNTERSCHRIFTENAKTION GEGEN DEN ROTATIONSERLASS

ERGEBNIS: EINE BEACHTLICHE ANZAHL VON UNTERSTÜTZERN

Im Oktober 2024 startete die Kreisgruppe Mitte unter den Bediensteten des PP Frankfurt eine Unterschriftenaktion gegen den „Rotationserlass“.

Kontext

Ursächlich für die Aktion war und ist die begründete Besorgnis, dass es durch den genannten Erlass auf Dauer u.a. zu einem Verlust von Orts- und Szenekenntnissen unter den Polizeibediensteten kommt.

Ein Nachteil: Polizeibeamte rotieren, örtliche Tätergruppierungen nicht!

Denkbare persönliche Auswirkungen bei ungewollten Dienststellenwechseln, wie Demotivation oder fehlende Identifikation, verstärken diese Kenntnislücken zusätzlich. Auf Grund natürlicher Rotationen ist ein Rotationserlass ohnehin absolut unnötig und baut zusätzliche Bürokratie auf, wie u.a. in Polizei Report FFM Nr. 184 vom September 2024 unter dem Titel „Der Rotationserlass und seine möglichen Folgen“, ausführlich aber nicht abschließend berichtet wurde.

Beteiligungswerte

Die Beteiligung an der Unterschriftenaktion ist als Erfolg zu werten: trotz teilweise erschwerten Bedingungen bei der Durchführung bekundeten fast 1400 Beamtinnen und Beamte des PP Frankfurt mit ihrer Unterschrift die Ablehnung des Rotationserlasses, in seiner ursprünglichen Form. Dies entspricht mehr als einem Drittel der Beamtenschaft im PP Frankfurt. Die Unterschriftenaktion hat also innerhalb der Zielgruppe eine relevante Anzahl an Unterstützenden mit repräsentativem Charakter erreicht. Die Dunkelziffer dürfte dabei deutlich höher liegen, da manche Bedienstete in Gesprächen angaben, aus Angst vor möglichen Repressalien durch Vorgesetzte, nicht zu unterschreiben. Mehrere Unterschriftenlisten verschwanden gar auf mysteriöse Art und Weise. Die letztlich vorliegenden Unterschriften wären allerdings schon ausreichend, um allgemein die Aufmerksamkeit von Politik und Verwaltung zu erregen. Innerhalb der die Aktion durchführenden



Jochen Zeng, Prof. Dr. Roman Poseck, Nils Döring, Dirk Hoffmann

KG Mitte bekundeten sogar 75% der Bediensteten aus der Direktion Mitte mit ihrer Unterschrift die Ablehnung des Rotationserlasses. Das Ergebnis ist eindeutig und spricht eine klare Sprache.

Unterschriftenübergabe

Die Unterschriftenlisten wurden am 10.12.2024 durch den GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden Jochen Zeng sowie Dirk Hoffmann und Nils Döring (beide aus dem Vorstand der KG Mitte) mit einem Begleitanschreiben persönlich dem hessischen Innenminister Herrn Prof. Dr. Roman Poseck im Hessischen Landtag übergeben. Ziel war es, dem Innenminister aufzuzeigen, dass die Basis der Frankfurter Polizei die Sinnhaftigkeit des Erlasses nicht nur anzweifelt, sondern vielmehr auch Probleme und Gefahren für die Leistungsfähigkeit der Polizei, und somit eine Schwächung der inneren Sicherheit in Hessen, befürchtet.

Wirkung?

Der Rotationserlass wurde bislang zwar nicht gänzlich aufgehoben, allerdings erfolgte eine Überarbeitung. Im Vergleich zur ursprünglichen Fassung wurde er in Teilen abgeschwächt. So wird nun z.B. die einjährige Verwendung auf einer anderen Dienststelle als vollwertige Rotation anerkannt; danach wäre es nun

möglich, wieder auf die alte Dienststelle zu wechseln, auf der man dann die jeweils geltende Höchstverweildauer erneut ausschöpfen kann. Ein Anspruch darauf besteht allerdings nicht.

Eine konstruktive Reaktion der polizeilichen Führungsverantwortlichen auf die Unterschriftenaktion ist bislang indes nicht wahrnehmbar. Das erscheint hinsichtlich der übrigens auch per Erlass geregelten Grundsätze, u.a. eines wertschätzenden und transparenten Umganges gegenüber den Untergebenen, nicht konsequent (vgl. Erlass „Grundsätze über Zusammenarbeit und Führung in der hessischen Landesverwaltung“). Dies könnte man als Geringschätzung der polizeilichen Basis auffassen, die man zahlenmäßig jedoch nicht ignorieren sollte.

Wir sind weiterhin der Ansicht, dass durch den Erlass mehr Probleme als Nutzen entstehen werden. Bleibt zu hoffen, dass die verantwortlichen Führungskräfte tatsächlich reflektierend agieren, damit negative Auswirkungen nicht die Basis und innere Sicherheit belasten. Die Verantwortung liegt nach wie vor bei ihnen und sie wurden im Rahmen unserer Beratungspflicht darüber explizit informiert.

KG Mitte

DEUTSCHLAND HAT NEU GEWÄHLT – WAS NUN?

NEUE BUNDESREGIERUNG MUSS SCHNELL ZEICHEN SETZEN UND LIEFERN!

Im Februar fanden die Bundestagswahlen statt. Zum Zeitpunkt der Artikelstellung (Ende Januar) war der Wahlausgang nicht vorhersehbar. Fakt ist, dass eine neu gewählte Bundesregierung schnell liefern muss, um unser Land wieder „auf Kurs“ zu setzen. Die Ereignisse in den letzten Monaten in Bezug auf die innere Sicherheit und die vielen fürchterlichen Anschläge und Morde zeigen deutlich, dass dringende politische Reaktionen notwendig sind.

Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz stellte mit Blick auf einen möglichen Koalitionspartner noch im Wahlkampf öffentlich fest:

„Er möchte nach den Bundestagswahlen nur in eine Regierung eintreten, wenn Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften die nötigen Instrumente in die Hand bekommen. Wer das nicht wolle, bleibe am Wegesrand stehen!“

Wir sind beim Lesen dieser Zeilen nun Mitte März angekommen. Es ist höchstwahrscheinlich ein neuer Kanzler im Amt, der seinen Worten nun Taten folgen lassen muss.

Blicken wir einmal auf die Meinungen und Forderungen der GdP Hessen im Vorfeld der Wahl und werfen auch einen Blick nach innen, in unser Haus der Polizei.

Den Bundestagswahlkampf haben wir als Hessen-GdP genutzt, um Protestaktionen bei CDU und SPD medienwirksam zu platzieren.

Proteste gegen das Besoldungsdiktat

Die Entscheidung, die Erhöhung Beamtenbesoldung in diesem Jahr von August auf Dezember zu verordnen, schlug hohe Wellen.

Leider beschämend sind wir mit wenigen Ausnahmen die „einzige Polizeigewerkschaft“, die den Beamtenfrust als Meinungsführer in Hessen immer wieder in die Öffentlichkeit getragen hat.

Schon grotesk, wenn wir anlässlich des CDU-Parteitages in Alsfeld vor Ort feststellen mussten, dass Funktionäre anderer Gewerkschaften als CDU-Ehrengäste oder Teilnehmer die Parteiveranstaltung besuchten, den Protest ihrer Kolleginnen und Kollegen vor der Halle jedoch einfach ignorierten. Peinlich und beschämend!

Selbst Innenminister Prof. Dr. Poseck nahm sich die Zeit, um mit uns protestie-

renden GdP-Kolleginnen und Kollegen zu sprechen. Auch der Ministerpräsident zog es vor, einen Seiteneingang zum Betreten der Halle zu nutzen. Schade, denn Boris Rhein lobt sonst immer wieder die gute Arbeit der Polizei! Unter anderen Umständen wäre er sicherlich erschienen.

Angst und Flucht vor einer Konfrontation mit seinen Beschäftigten und diesem **Gesetzesdiktat** der Landesregierung, so trifft es sein Verhalten am besten.

Der Blick nach innen

Die Bemühungen des RP Kassel, beim leidigen **Thema Beihilfe** vor die Lage zu kommen, schreiten zwar fort, sind aber noch immer stark optimierungsbedürftig!

Gerade im Bereich der Pflege dauern Bearbeitungszeiträume immer noch viel zu lange! Man lässt Anspruchsberechtigte „finanziell immer wieder gegen die Wand fahren!“

Aber noch ein weiteres Thema treibt die Polizei im Bereich Versorgung um: der Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die einen **Dienstunfall** erlitten haben!

Werden beispielsweise nach körperlichen Schädigungen im Dienst Anschlussbehandlungen notwendig, nimmt die Anzahl derer zu, die auf verauslagten Kosten „sitzen bleiben!“

Grund sind weiterentwickelte Gebührenordnungen, beispielsweise für Gewährung von Physiotherapie. Hier gilt es, dringend Abhilfe zu schaffen. Wenn Polizeibeschäftigte Dienstunfälle erleiden, dürfen diese nicht mit den erlittenen Schäden allein gelassen werden. Körperliche und psychische Erholungsphasen sind das eine, dass andere sind verauslagte Kosten, die nur der Dienstherr zu tragen hat und die erstattet werden müssen!

Auch bei der Gewährung der möglichen **Angriffsentschädigung** ist dringender Änderungsbedarf geboten. Es darf nicht dem „Zufall“ überlassen bleiben, ob die derzeit völlig überlastete Justiz „eine Rechtswidrigkeit eines Angriffs“ feststellt oder nicht. Dieses Tatbestandsmerkmal ist aber die derzeitige Grundvoraussetzung für Gewährung der Angriffsentschädigung. Hier muss im Sinne der Sache gehandelt werden.

Sonst verkommt das gut gemeinte Instrument zum „Titel ohne Mittel!“

Die aus unserer Sicht unerhebliche monetäre **Erhöhung der Polizeizulage** hat

im Kreise unserer Polizeibeamtinnen und -beamten hohe Wellen geschlagen!

Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen haben seit 1. Januar trotz der kleinen Erhöhung der Polizeizulage deutlich mehr als 30 Euro und mehr Gehaltseinbußen!

Man darf gespannt sein, wie sich die 4,8-prozentige Gehaltserhöhung im Februar weiter steuerlich auswirkt.

Die politische Polizeiführung

Kein Geheimnis ist, dass der amtierende Landespolizeipräsident mit Ablauf des Monats Mai nach über 50 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand tritt.

Genausolang ist **Robert Schäfer** auch treues Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei! Mithin ist auch der Stellvertreterposten als LPVP seit 1. Januar 2025 vakant, da sich der bisherige in Richtung Staatskanzlei erfolgreich beworben hat und umgezogen ist. Wie so häufig rasen Spekulationen um mögliche Nachfolger durch die Amtsstuben. An diesen möchte ich mich nicht beteiligen.

Auch im Bereich der nachgeordneten Polizeibehörden ist für das PP Nordhessen nach dem Ausscheiden von Präsident **Konrad Stelzenbach** ab dem 1. April bereits ein Nachfolger benannt:

Marco Bärli wird dann die Geschicke der über 2000 Beschäftigten in Nordhessen lenken! Eine gute Wahl, denn Marco Bärli kennt die hessische Polizei nicht nur aus drei Laufbahngruppen, sondern eben auch aus einer Vielzahl von Verwendungen! Besonders beeindruckend ist die Tatsache, dass der „Bad Arolsener Familienmensch“ mehr als vier Jahre im LPP gewirkt hat.

Auch in anderen Polizeibehörden bleiben in diesem Jahr aufgrund von Resturlaub, LAK-Stunden und Mehrarbeit einzelne Präsidentenstühle unbesetzt und es ergeben sich weitere Vakanzen.

Aus der Erfahrung heraus erlaube ich mir an dieser Stelle die Feststellung, dass eine Stellenvakanz im Spitzenbereich immer einen sog. **„personellen Dominoeffekt“** nach sich zieht.

Hoffentlich überblicken die politischen Entscheidungsträger, dass wir bis heute keine Frau als Polizeipräsidentin bei der hessischen Polizei haben. Das war schon mal anders und spiegelt keinesfalls die Leistungsfähigkeit unserer Kolleginnen wider.

NEUJAHRSEMPFANG 2025 BEIM DGB

START IN EIN SPANNENDES JAHR MIT INTERESSANTEM INPUT



Philipp Jacks

Am 11.01.2025 war es weit. Der DGB Rhein-Main hatte zum Neujahrsempfang geladen.

Eröffnet wurde der Empfang von Philipp Jacks, dem Geschäftsführer des DGB Rhein-Main. Er ging auf die Veränderungen in der Gesellschaft ein, den Problemen in der Wirtschaft und die veränderten Situationen in der Arbeitswelt ein.

Er dankte ausdrücklich der Polizei für Ihren harten Beruf und die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und an Silvester. Die schrecklichen Ereignisse dürften nicht passieren und die Gesellschaft sollte solchen Entwicklungen entgegentreten.

Als zweiter Redner richtete OB Mike Josef das Wort an die Gäste. Er ging ebenfalls auf die gesellschaftliche Entwicklung und die bevorstehende Bundestagswahl ein. Die Demokratinnen und Demokraten müssten nun zusammenhalten und gemein-



OB Mike Josef

sam gute Lösungen für Deutschland entwickeln.

Auch er dankte der Polizei und nannte die Gewerkschaft der Polizei namentlich in seinem Statement, für die hervorragende Arbeit und verurteilte den Angriff auf Polizeibeamte in der Silvesternacht mit einem E-Scooter aufs Schärfste.

Als dritte Rednerin war Frau Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja eingeladen. Sie sprach in ihrer Rede über die Mitbestimmung in Betrieben. Diese sei in Deutschland immer weiter rückläufig. Immer weniger Betriebe verfügten über einen Tarifvertrag und einen Betriebsrat. Diese Form der Mitbestimmung sei aber wichtig, um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, zu stärken und vor allem gute Arbeitsbedingungen zu erreichen. Sie sprach sich für kürzere Arbeitszeiten aus und forderte auch die Politik auf, mehr auf



Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja

Tariftreue und Mitbestimmung in Betrieben zu achten.

Der gesamte Neujahrsempfang wurde musikalisch begleitet und war sehr kurzweilig. Im Vor- und Nachfeld des Empfanges blieb noch Zeit für bilaterale Gespräche und Austausch.

Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung, die den Raum für Austausch lies.

Ich freue mich schon auf das neue Jahr 2025, auch wenn es anstrengend wird und es gilt, viele Themen zu bearbeiten und gewerkschaftlich zu begleiten.

Jochen Zeng



Jochen Zeng, PP a.D. Gerhard Bereswill



OB Mike Josef, Jochen Zeng

PERSONALVERSAMMLUNG IM PP FRANKFURT

AM 17.02.2025 FAND IN DEN RÄUMLICHKEITEN DES POLIZEIPRÄSIDIUMS FRANKFURT AM MAIN, IN DER DORTIGEN TURNHALLE, DIE PERSONALVERSAMMLUNG STATT. Hierzu hatte der Personalrat alle Bedienstete eingeladen. Dieser Einladung folgten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen. Sie hatten im Vorfeld für die Podiumsdiskussion, welche stattfinden sollte, zahlreiche Fragen mit der Bitte um Beantwortung eingereicht. Die Personalversammlung wurde vom Personalratsvorsitzenden Herrn Michael Finger mit der Begrüßung, der Totenehrung und seinem Impulsvortrag eröffnet.

Herr Innenminister Prof. Dr. Poseck, Herr LPP Schäfer und der Hauptpersonalratsvorsitzende Daniel Klimpke waren der Einladung des Personalrates gefolgt. Nach den Grußworten der Gäste trug Jochen Zeng als stellv. Personalratsvorsitzender einen Auszug aus dem Tätigkeitsbericht vor. Hier ging er auf die Personalsituation, die Beförderungen, Hebungen und Kündigungen im PP Frankfurt am Main ein. Hier sei festzustellen, dass die Hebungen seit Jahren auf einem deutlich zu niedrigem Niveau sind. Die GdP fordert seit Jahren eine Erhöhung der Stellenanteile in allen Bereichen der Polizei, da die Hebungen deutlich gesteigert werden müssen. Gerade



in den Geschäftszimmern der Behörde, in welchen seit Jahren neue Aufgaben hinzukommen und erledigt werden, muss eine Anpassung erfolgen. Aber auch in anderen Bereichen könnten Hebungen bei den Beschäftigten angegangen werden, wenn dem PP Frankfurt am Main genug Möglichkeiten zur Verfügung stehen würden. Die GdP wird dieses Thema weiterhin aktiv begleiten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Innenminister Prof. Dr. Poseck, Herrn LPP Schäfer, Herrn PP Müller und dem Personalratsvorsitzenden Herrn Finger, moderiert von Herrn Peglow, ging es um die Hauptthemen der Be-

schäftigten. Wieso wurde die Besoldung verschoben, was ist mit der amtsangemessenen Besoldung, welche Gründe gab es für den Erlass äußeres Erscheinungsbild, der Zustand der Reviere in Frankfurt am Main, um nur einige der Hauptthemen zu nennen. Die Themenfelder waren vielfältig und die Beteiligten der Diskussion standen Rede und Antwort. Auch hier wird die GdP weiterhin aktiv die Behörde in die Pflicht nehmen und für Verbesserungen in diesem Bereich kämpfen. Im Thema der Besoldungsverschiebung hat die GdP bereits viele Aktionen durchgeführt und wird dies auch weiterhin unternehmen. Wir sind für EUCH da!

Eure GdP Frankfurt am Main



WEIHNACHTSTOMBOLA

ERGEBNIS: EINE BEACHTLICHE ANZAHL VON UNTERSTÜTZERN

Die GdP Frankfurt hat in diesem Jahr eine Weihnachtsüberraschung der etwas anderen Art auf die Beine gestellt: Statt der traditionellen Weihnachtsgeschenke gab es 2024 eine Tombola mit 65 tollen Preisen. Diese reichten von „Wow!“ bis „Cool, das kann ich echt gebrauchen!“.

Auf die ersten Gewinner warteten absolute Highlights:

- eine einwöchige Reise ins GdP-Haus Wildgans
- ein brandneuer Fernseher
- ein Saugroboter
- eine TV-Soundbox
- ein Ipad
- eine Mikrowelle
- Kopfhörer und
- und Vieles mehr....

Natürlich konnten nicht alle Preise so groß ausfallen, aber auch die kleinen wurden von den Gewinnern nicht verschmäht.

Das Beste: Alle Mitglieder der GdP Frankfurt waren automatisch per Mitgliedsnummer im Lostopf. Das bedeutete, niemand musste daran denken, sich extra dafür anzumelden. Mit einer E-Mail und Weihnachtsgrüßen, wurden die Mitglieder im Vorfeld von der GdP Frankfurt über die Tombola informiert und konnten damit ganz entspannt auf eine mögliche Überraschung warten - und die-



RA Manuel Caps, Katharina Kopp se erreichte die Gewinnerinnen und Gewinner dann per E-Mail.

„Ihr habt gewonnen!“ hieß es in der Nachricht. Was genau? Tja, das wurde natürlich nicht verraten. Ein bisschen Spannung gehört schließlich dazu!

Die Gewinne konnten die Glücksspieler dann direkt im Präsidium abholen. Ob ein Mitglied dort nun mit einem Ipad in der Hand hinausspazierte oder sich über eine schicke Polizeitasche freute – die Stimmung war durchweg fröhlich.

Einige der Gewinner haben wir auch fotografisch festhalten dürfen (s. beigefügte Bilder).

Natürlich wurde bei der Ziehung der Lose auch darauf geachtet, dass alles korrekt und transparent abläuft. Die Auslosung fand unter Aufsicht des Juristen der GdP, Herrn Manuel Caps, statt. Gezogen wurden die Lose in der Geschäftsstelle in Wies-



baden von Jochen Zeng, dem Bezirksgruppenvorsitzenden, und Katharina Kopp, der stellvertretenden Schriftführerin der Bezirksgruppe Frankfurt. So konnte sichergestellt werden, dass kein Platz für Mauseleien blieb und wirklich nur das Glück entschied.

Uns war wichtig, unseren Mitgliedern in der Weihnachtszeit etwas Besonderes zu bieten – und auch ein bisschen Spannung und Spaß mit reinzubringen.

Die Tombola hat das ermöglicht, und die überwiegend positive Resonanz der Mitglieder zeigt, dass es eine tolle Idee war. Wer dieses Jahr nichts gewonnen hat, braucht den Kopf nicht hängen zu lassen. Vielleicht gibt es ja schon im nächsten Jahr eine Fortsetzung dieser Weihnachtsaktion. Lass dich überraschen...



GLÜCKLICHE GEWINNER DER WEIHNACHTSTOMBOLA



NEUBAU AUF DEM GELÄNDE DER PAST SÜDHESSEN

Es werden immer weniger Polizei-beschäftigte die sich daran erinnern: es gab einmal zwei Polizeiautobahnstationen in Südhessen. Die PAST Lorsch und die PAST Darmstadt. Ursprünglich war die Liegenschaft in Darmstadt in den Jahren 1957 - 1959 als Verkehrsbereitschaft errichtet worden.

Im Jahr 2005 wurden dann beide Stationen aufgelöst und auf dem Gelände in Darmstadt als PAST Südhessen zusammengeführt. Ebenso befindet sich auf diesem Gelände der ehemalige Verkehrsdienst der inzwischen als Verkehrsinspektion einen neuen Namen gefunden hat.

Grund für den Neubau war 2015 eine Überprüfung der Polizeigebäude im Rahmen des CO₂- Minderungs- und Energieeffizienzprogramms der Hessischen Landesregierung. Solche Überprüfungen wurden auch bei anderen älteren Liegenschaften durchgeführt. Dort wurden dann Modernisierungsarbeiten durchgeführt um diese auf einen modernen Stand in Sachen Energieverbrauch bzw. -einsparungen zu führen. Dies geschah zum Teil auch unter erheblichen Einschränkungen im Arbeitsumfeld bei den Polizeibeschäftigten. Die GdP hat dies u.a. bei der Polizeistation Heppenheim unter kritischen Blicken ständig begleitet und auf Missstände und fehlerhafte Arbeiten hingewiesen.

Bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung



für die Gebäude im Pupinweg konnte festgestellt werden, dass Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen teurer waren als ein kompletter Neubau. Zusätzlich fielen bei den alten Gebäuden Brandschutzmängel und fehlende Barrierefreiheit ins Gewicht. Deswegen wurde das Polizeipräsidium Südhessen beauftragt, eine Bedarfsbeschreibung für einen geplanten Neubau zu erstellen. Ziel war es unter anderem, weitere Organisationseinheiten der Direktion Verkehrs-

Sonderdienste sowie der Kriminaldirektion in dem neu zu errichteten Gebäude unterzubringen. Im Zuge dieser Bedarfsanforderungen wurden die „alten“ und „neuen“ Organisationseinheiten von der neugegründeten AG Neubau kontaktiert, damit diese sich soweit möglich mit ihren Vorstellungen und Wünschen in Bezug auf den neuen Arbeitsplatz einbringen konnten. Die jeweiligen OE'en finden sich in den Gebäuden ihrer Funktionalität entsprechend wieder.



Nachdem die entsprechenden Genehmigungen von politischer und haushaltsrechtlicher Seite gegeben waren, erfolgte durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) ein europaweites Vergabeverfahren. In ihrer Pressemitteilung vom 19.12.2024 teilte das LBIH schließlich mit, dass der Neubau in Form eines Kooperationsmodells mit dem Bau- und Dienstleistungsunternehmen Goldbeck errichtet wird.

Um die geplanten Gebäude im Pupinweg bauen zu können, wurde das Gelände durch den Ankauf von etwa 13.000 qm im hinteren Bereich auf nunmehr etwa 25.000 qm erweitert. Auf den Luftbildaufnahmen ist die Vergrößerung gut zu erkennen. Geplant ist, dass die bereits im Pupinweg Beschäftigten solange dort arbeiten können, bis in einem ersten Bauabschnitt die Dienstgebäude fertig sind. Danach wird (vermutlich bereits August 2026) der Umzug erfolgen und die Abrissarbeiten der alten Gebäude und Neubau weiterer Gebäude erfolgt dann in einem zweiten Bauabschnitt.

Der Sorge vieler Beschäftigten bezüglich Parkplätze wurde Rechnung getragen, indem ein Parkhaus errichtet wird. Dort können in einem gewissen Umfang auch Privatfahrzeuge untergebracht werden. Die Firma Goldbeck soll dann in Rahmen der sogenannten Öffentlich-Privat-Partnerschaft den Betrieb der Ge-



Pressebild Fa. Goldbeck

bäude für 30 Jahre übernehmen.

Der hessische Finanzminister teilte hierzu mit „Die Standortentwicklung am Pupinweg steht für moderne Polizeiarbeit und die Integration in die CO₂-neutrale Landesverwaltung. Das neue Modell der Kooperationsprojekte ist eine Weiterentwicklung der bisherigen erfolgreich laufenden hessischen Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft. Diese umfassen den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes, das Bauen und das Instandhalten. Ein wesentliches Element am Standort Pupinweg ist, dass das Grundstück und das Gebäude im Eigentum des Landes Hessen verbleiben.“

Solche PPP-Projekte (Public-Private-Partnership) wurden auch schon bei anderen Dienstgebäuden des Landes Hessen zum Abschluss gebracht. Die bereits vorgestellten Pressebilder der bauausführenden Firma zeigen sehr moderne



Pressebild Fa. Goldbeck

Dienstgebäude die eine zeitgemäße und ordentliche Polizeiarbeit versprechen lassen.

Als GdP werden wir dieses Projekt sehr wohlwollend und unterstützend begleiten und beobachten. Immerhin wird aufgrund der hohen Anzahl der im Pupinweg einziehenden Beschäftigten ein „kleines Polizeipräsidium“ mit hoffentlich nur kleinen Anlaufproblemen entstehen. Wir sind gespannt auf die neuen Dienstgebäude.

J.H.

GESUNDHEIT IM KOMMUNALEN ORDNUNGSDIENST

WAS MACHE ICH, WENN ES „DRAUSSEN“ GESUNDHEITLICH NICHT MEHR GEHT?

Seit Jahren schwelen im Bereich der kommunalen Ordnungsbehörden und Stadtpolizeien die Problematik: „Was mache ich, wenn es z. B. „draußen“ gesundheitlich nicht mehr geht?“ Insbesondere ältere Kolleg*innen müssen sich fragen, wie es bei gesundheitlichen Einschränkungen oder naheliegendem Rentenalter weitergeht, wenn die Gesundheit schlapp macht. Ein Thema, das viele Beschäftigte betrifft und das Sorgen bereitet.



Ordnungsdienst“ einen neuen Schwerpunkt erhalten. Dementsprechend können dann diese Mitarbeitende in den Verwaltungen dann auch in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Prüfungs- und Lehrgangsordnung

Es ist zu begrüßen, dass mit der neuen Prüfungs- und Lehrgangsordnung der kommunalen Ordnungsdienste in Hessen die Ausbildung nochmal erweitert wird, um so die wichtige Arbeit der kommunalen Kolleg*innen qualitativ zu erhöhen.

Denn die Aufgabenfelder haben sich in den letzten 20 Jahren massiv verändert. Mittlerweile sind die Kollegen mit Aufgaben betraut, die die Sicherheit und Ordnung innerhalb der Kommunen, gemeinsam mit der Polizei sicherstellen.

Entsprechend muss die Ausbildung weiterhin sichergestellt und forciert werden. Darüber hinaus sind auch Maßnahmen zu ergreifen, die eine Weiterbeschäftigung gewährleisten, auch wenn die Mitarbeitenden nicht mehr im Außendienst tätig sein können. Hierzu gibt es Möglichkeiten, die auch teilweise durch Förderprogramme förderfähig sind.

Die kommunalen Arbeitgeber sind in der Pflicht ihre Mitarbeitenden zu fördern um Existenzängste maximal minimieren zu können. Durch eine starke Unterstützung der GdP ist dies durchaus erreichbar.

Ernesto Castrejon
Stadtpolizei Wetzlar



Oftmals ist ein früheres Renteneintrittsalter wegen einer Erwerbsunfähigkeit- oder Minderung mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden.

Die meisten sind Quereinsteiger und haben andere Berufe erlernt, die nicht immer unbedingt in der Verwaltung abgebildet werden können. Des Weiteren gab es auch immer einen Grund, weshalb sie ihren beruflichen Werdegang geändert haben. Hier können bei vielen Existenzängste entstehen, da bei einer Berufsunfähigkeit der Verlust des Arbeitsplatzes droht, da i.d.R. alle als Angestellte beschäftigt sind und somit keine beamtenrechtliche Versorgungswerke greifen.

Folgen eines Arbeitsunfalls nach Angriff

Bei einem beispielsweise rechtswidrigen Angriff im Dienst sind zwar die gesetzlichen Unfallkassen zur Stelle, dennoch entsteht hier bei vielen eine massive Lücke, die zu schließen ist.

Diese Situation ist mehr als unbefriedigend und die kommunalen Arbeitgeber müssen ihre Fürsorgepflicht auch dahin-

gehend sicherstellen, dass Mitarbeitende des kommunalen Außendienstes der Ordnungspolizeien/Stadtpolizeien eine Perspektive aufgezeigt bekommen können.

Ist die Verbeamtung eine Lösung?

Sicherlich wäre eine mögliche Verbeamtung eine Alternative, insbesondere für jüngere Kollegen, aber hier fehlt es an einer entsprechenden Laufbahn im Beamtenrecht in Hessen.

Zudem wäre es eine Verlagerung des mittleren Dienstes in die Kommunen, den die Landespolitik damals im Bereich der Polizei abschaffte, um später die Wachpolizei einzurichten. Die Attraktivität des Berufsbildes innerhalb der Kommunen könnte dieser Schritt sicherlich aber nochmal erhöhen.

Fachangestellter im kommunalen Dienst

Eine bundesweite einheitliche Ausbildung wie vom Innensenat des Landes Berlin initiiert, ist ein erfolgreicher Schritt in die richtige Richtung.

Hier soll der Verwaltungsfachangestellte mit der Fachrichtung „kommunaler



WORK LIFE BALANCE – EINE MODEERSCHENUNG?

Es ist neun Uhr abends. Der Tag zu Ende. Das Handy klingelt. „Du musst kommen, jemand hat geschossen“, sagt mein Vorgesetzter. Also ziehe ich mich wieder an, fahre zur Dienststelle. Dort eine kurze Einsatzbesprechung mit den wenigen Kolleginnen und Kollegen, die erreicht werden konnten. Ich fahre zum Tatort, vernehme Zeugen, spreche mit der Staatsanwältin, beantrage die ersten Maßnahmen. Bis wir am diesem Abend die nötigsten Dinge getan haben ist es vier Uhr morgens. Ich gehe nach Hause. Ich bin aufgewühlt, kann nicht gleich schlafen. Der Wecker klingelt. Es ist acht Uhr. Zwei Stunden später als üblich. Immerhin. Ich stehe auf, fahre wieder zur Dienststelle. Es muss weitergehen. Wir waren alle in der Nacht im Dienst, doch die Arbeit geht weiter. Ein weiterer langer Arbeitstag steht an. Bei den wenigen verbleibenden Mitarbeitenden ist es nicht möglich zu wechseln, also bleiben wir da, bis auch für diesen Tag alles getan ist. Insbesondere in den kleineren Dienststellen ist es nicht möglich bei herausragenden Delikten abzuwechseln oder Personal zu verteilen. Es wird jeder gebraucht. Der Anruf kommt, wir gehen zur Arbeit. Schließlich wollen wir niemanden im Stich lassen oder allein lassen. Wir kommen. Wir arbeiten. Wir tun alles unser Bestes, um unserem Beruf gerecht zu werden, um für Menschen, die unsere Hilfe brauchen, da zu sein. Wir ermitteln, schützen und tun alles, dass wir uns sicher fühlen können.

Nun ist es Donnerstagnachmittag geworden. Überraschend findet am Wochenende ein Fußballspiel in einer hohen Risikostufe statt. Die örtlichen Polizeistationen hissen die weiße Fahne. Sie können niemanden mehr schicken. Es ist kein Personal mehr übrig, um alle nötigen Einsatzkräfte zu stellen. „Wir müssen zwei BSOD-Kräfte am Samstag stellen, sagt mit bitte bis 16:00 Uhr, wer fahren kann. Die zwei Beamtinnen für die kriminalpolizeilichen Maßnahmen habe ich schon gemeldet“, so der Wortlaut der E-Mail. Somit wieder ein Tag am Wochenende, der

nicht der Regeneration, sondern der Arbeit dienen soll. Unter der Woche besteht keine Aussicht einen Tag Überstunden abzubauen. Es ist Urlaubszeit. Das Kommissariat minimal besetzt. Krank werden darf hier keiner mehr.

Die Belastungsgrenze in den Kommissariaten und im Ermittlungsdienst ist erreicht. Im Bereich der Massenkriminalität können die Anzeigen nicht mehr zeitnah bearbeitet werden. Eine dreistellige Vorgangszahl zur Bearbeitung ist keine Seltenheit mehr und der Vorgangsberg nimmt nicht ab. Hinzu kommen die Einsätze. Nicht nur im kriminalpolizeilichen Bereich, sondern auch in Uniform. Insbesondere durch die Eingliederung der ehemaligen Ermittlungsgruppen in die regionalen Kriminalinspektionen fehlen den Revieren und Stationen Einsatzkräfte. Diese werden nun aus den kompletten RKlen rekrutiert und belasten zusätzlich.

In kaum einem Beruf ist so viel Idealismus gefragt, wie im Polizeidienst. Nicht selten verlangt es mir alles ab. Nicht selten komme ich in Situationen, in denen ich mich frage, ob die Welt wirklich so schlecht ist. Die vielen Schicksale, die Bilder, die sich im Kopf eingebrannt haben, viele dieser Dinge machen es nicht leicht täglich den nötigen Idealismus aufzubringen. Dennoch gehe ich jeden Tag weiter zum Dienst und freue mich, wenn ich einem einzelnen Hilfesuchenden tatsächlich helfen kann.

Das Privatleben, die Familie und Freunde müssen oft ein großes Verständnis aufbringen können. Ob es die abgesagte Verabredung zum gemeinsamen Abendessen ist, das verpasste Fußballspiel des Sohnes oder der runde Geburtstag eines nahen Verwandten ist unerheblich. Wir sind nicht dabei, nicht dabei bei Veranstaltungen, die uns wichtig sind. Das ist auch nicht durch einen freien Tag unter der Woche oder eine Vergütung von Mehrarbeit auszugleichen.

Trotz aller Widrigkeiten:

Ich mag meinen Beruf, denn ich tue etwas Gutes. Ich Sorge dafür, dass wir sicher Leben können. Dass sich meine Familien, meine Nachbarn,



meine Lieben sicher fühlen können. Ich habe noch immer das Gefühl das Richtige zu tun. Die Welt ein wenig lebenswerter zu machen. Dazu sein für Menschen, die Hilfe brauchen, denen schlimmes widerfahren ist. Das ist er: mein persönlicher Idealismus. Und da bin ich mir sicher, ich bin nicht die Einzige, der es so geht. Es ist eben kein Job, den man macht, um Geld zu verdienen, sondern eine Berufung.

Was würde ich mir wünschen? Es ist recht einfach zusammengefasst:
RESPEKT UND WERTSCHÄTZUNG.

Es sollte allen bewusst sein, dass wir für sie da sind und uns einsetzen. Jeden Tag. Mit allem, was wir haben. Wir vernachlässigen unsere Familien, unsere Partner, Kinder und letztlich auch uns selbst. Wir gehen über die Belastungsgrenze hinaus, zum Teil auch weit darüber hinaus. Das verdient Respekt. Insbesondere von denen, für die wir jeden Tag tätig werden. Wir sind nicht nur Polizistinnen und Polizisten, sondern vor allem sind wir Menschen. Menschen, die für alle da sind, die uns brauchen. Wertschätzung ist das, was ich mir von meinen Dienstherren wünschen würde. Dazu gehört eine gute Ausstattung. Hier hat sich viel getan in den letzten Jahren bei der hessischen Polizei. Da schauen sogar die Bayern neugierig über die Grenze und bestaunen unsere Smartphones.

Verfassungswidrige Besoldung und eine Verschiebung von bereits beschlossenen Besoldungserhöhungen sind nicht nur nicht wert-

schätzend, sondern schlicht gesetzeswidrig.

Darüber hinaus ist es sehr wenig wertschätzend die bekannten und benannten Überlastungen der Mitarbeitenden so hinzunehmen. Die Überstunden sind auf einem Rekordniveau. Ein Abfeiern der geleisteten Mehrarbeit kaum bis gar nicht möglich. Die ohnehin schon peinlich geringe Auszahlung von geleisteten Mehrarbeitsstunden wurde zum

letzten Termin aufgrund nicht vorhandener finanzieller Mittel deutlich gekürzt. Das alles im letzten Jahr, in dem aufgrund der Fußball Europameisterschaft eine besondere Mehrbelastung stattfand, die alle Bereiche der hessischen Polizei betraf.

Doch wie soll man mit dieser Wertschätzung seitens der Politik noch geeigneten Nachwuchs finden? Die Kommissariate sind, genau wie auch die Reviere und Stationen, an

einer Belastungsgrenze angekommen. Hier muss sich etwas tun. Eine dauerhafte hohe Belastung macht krank. Von einer Balance zwischen Arbeit und Freizeit, einer Work-Life-Balance, kann hier kaum noch gesprochen werden. Diese scheint wohl grade nicht in Mode zu sein. Zumindest leider nicht bei der hessischen Polizei.

Dörte Steiger
Bild: AI/ChatGPT

PROTEST DES DGB UND DER GDP!

Roman Poseck zu Gast bei der Personalversammlung des PP Südhessen in Griesheim

Anlässlich der Personalversammlung des Polizeipräsidiums Südhessen war auch der Innenminister Roman Poseck von dem Personalrat eingeladen worden. Eigentlich eine schöne Geste des Ministers, sich vor Ort den Polizeibeschäftigten zu stellen, um ein Stimmungsbild von den Beschäftigten an der Basis zu erhalten. Aus Sicht des Ministers war dies sicher keine attraktive Veranstaltung, zumal damit zu rechnen war, dass er dort mit der miserablen Situation bei der hessischen Polizei konfrontiert wurde. Insbesondere die schlechte Personalsituation, einhergehend mit regelmäßigen Sondereinsätzen, Verstärkungsdiensten und sehr häufig kurzfristig zu leistenden Überstunden, sind eine erhebliche Belastung und stehen im krassen Widerspruch zu der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zunehmende Kriminalitätsphänomene wie z.B. Cyberkriminalität, Internetkriminalität, oder auch die Bekämpfung von Kinderpornographie und die Flut von Betrugsvorgängen sorgen für eine extreme Arbeitsverdichtung im Ermittlungsbereich und sorgen zudem dafür, dass bei der Bearbeitung von Strafanzeigen eher reagiert statt agiert werden kann. Immerhin wird die hessische Polizei von den politischen Verantwortlichen immer wieder gelobt! Kein Wunder! Polizeibeschäftigte arbeiten sehr oft an der Belastungsgrenze, oft auch darüber hinaus. Das funktioniert aber nur weil sich die Polizeibeschäftigten im besonderen Maße mit ihrem Beruf identifizieren.

Bei der tariflich vereinbarten Erhöhung der Dienstbezüge wurde zumindest eine kleine Wertschätzung der Politik gezeigt und das Tarifiergebnis inhaltsgleich auf die Beamten/innen übertragen.

Als Folge der schlechten finanziellen Situation des Landes Hessen, hat sich die hessische Landesregierung dann entschlossen, mal wieder bei den treuen und engagierten Staatsdienern einzusparen und die Übernahme des Tarifiergebnisses nach hinten verschoben.

Dieser Griff in den Geldbeutel hat die Polizeibeschäftigten sehr verärgert. Es war somit eine gute und angemessene Gelegenheit, den Innenminister bei der Ankunft bei der Personalversammlung mit Protest zu konfrontieren.

Recht kurzfristig wurde von der GdP zusammen mit dem DGB in Griesheim eine Protestveranstaltung organisiert. Der Minister wurde am Eingang des Gebäudes mit Transparenten und von protestierenden Gewerkschaftern empfangen.

Der Minister stellte sich immerhin den Protestierenden. In Gesprächen versuchte er die Verschiebung der Besoldungserhöhung zu erklären – was ihm nicht gelang. Ihm wurde vor allem Wortbruch und fehlende Wert-

schätzung zum Vorwurf gemacht.

Ob die Protestaktion den Innenminister Roman Poseck zum Nachdenken angeregt hat? Ich hoffe schon – denn wer nicht kämpft, hat schon verloren.

MS.



SEMINAR „VIDEOWERKSTATT“

Am 03. und 04.02. trafen sich viele wissbegierige GdP-Mitglieder im Landgasthof Bechtel, um an dem Seminar „Videowerkstatt“ teilzunehmen. Dieses Seminar wurde erst zum zweiten Mal angeboten und soll dazu dienen, Funktionäre und Funktionärinnen der GdP technisch zu schulen, damit sie selbstständig für ihre Bezirksgruppen kleine Videos von ihren Veranstaltungen fertigen können.

Zunächst wurden einige organisatorischen Abläufe geklärt, bevor es intensiv mit dem Seminar losging.

Wir beschäftigten uns zuerst theoretisch mit der App „CapCut“, die man in der Basisversion kostenlos benutzen kann.

Im Anschluss wurden wir in Kleingruppen aufgeteilt und sollten uns selbstständig ein Thema mit GdP Bezug aussuchen und darüber kleine Videosequenzen drehen.

Meine Gruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Dienstunfallfürsorge und Rechtsschutz“ und wir erstellten zunächst ein kleines Drehbuch, was wir anschließend in kleinen Sequenzen mit unseren Handys filmten.

Nun kam der praktische Teil mit der App „CapCut“, man musste alle kleinen Videos zu einem großen zusammenfassen, Stellen kürzen und das Ganze mit Musik unterlegen, was gar nicht so einfach war. Eine andere Gruppe beschäftigten sich mit dem Thema Verlässlichkeit der GdP und präsentierte dieses mit einem beeindruckenden Diensthund und dessen Hundeführer.

Die letzte Gruppe nahm sich allgemein das Thema „Warum bin ich in der GdP und was schätze ich daran“ vor.

Die Ergebnisse konnten sich sehen lassen und es war erstaunlich, dass man innerhalb so kurzer Zeit drei komplett unterschiedliche Videos hatte, die zwar bestimmt noch verbesserungswürdig, aber auf jeden Fall präsentabel waren.



Schon endete der erste Tag und es war gerade genug Zeit, die Zimmer zu beziehen und sich kurz etwas frisch zu machen, da gab es auch schon Abendessen.

Der Abend in Zella war wie immer sehr lustig und unterhaltsam. Dennoch läuteten viele die Nachtruhe früh ein, für den ein oder anderen etwas zu früh.

Doch wir mussten ja fit für den nächsten Tag sein, da das Seminar direkt nach dem Frühstück weiterging.

Wir beschäftigten uns weiter mit der Video App und diesmal mit dem Thema Auto-Cut. Es handelt sich um ein eigenes Programm, das die Videosequenzen selbstständig zusammenschneidet.

Hier testeten wir intensiv verschiedene Ausführungen und stellten fest, dass das Autoprogramm hervorragend geeignet ist, um aus verschiedenen Fotos ein Video zu erstellen.

Einzelne Sequenzen davon zu einem Video zusammenzustellen zu lassen, gestaltete sich schon etwas schwieriger.

Im Anschluss stellte Stefan Rüppel noch einmal die Vorteile unserer App „Corporate Benefits“ vor und warb für die GUV Fakulta, eine gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es ein sehr lehrreiches und interessantes Seminar war. Man muss jedoch überlegen, ob man bei der App „CapCut“ bei der Basisversion bleibt, da diese doch etwas einschränkend ist und man immer aufpassen muss, dass man keine „Premium Aktion“ auswählt.

Außerdem muss man sich regelmäßig damit auseinandersetzen, sonst ist das erlernte Wissen schnell wieder verschwunden.

Von daher heißt es für uns, dranbleiben und immer fleißig mitfilmen! N.B.



BEKIFFT IM DIENST – BEAMTENRECHTLICHE FOLGEN

BEAMTENRECHTLICHE AUSWIRKUNGEN DER CANNABIS-LEGALISIERUNG

Die Cannabis-Legalisation ist in erster Linie eine Frage der gesellschaftspolitischen Steuerung, die zugleich ordnungspolitische Probleme aufweist. In der überaus kontrovers geführten Debatte wurde die Beamtenschaft bislang außer Acht gelassen. Dabei finden sich im Cannabiskontrollgesetz beispielsweise spezielle Regelungen für die Liegenschaften der Bundeswehr.

Aber auch hinsichtlich anderer Beamtengruppen, die z.B. Waffenträger sind oder eine dienstliche Fahrerlaubnis besitzen, lohnt sich ein genauerer Blick.

Die Legalisierung von Cannabis wurde politisch und medial ausgiebig diskutiert. Dabei wurden die Standpunkte zu medizinischen, gesellschaftlichen und juristischen Problemstellungen ausgetauscht.

Besondere dienstrechtliche Auswirkung

In der Debatte wurde aber außer Acht gelassen, dass es auf spezielle Berufsgruppen innerhalb der Beamtenschaft, namentlich Polizeivollzugsbeamte, besondere dienstrechtliche Auswirkungen aufgrund der Cannabis-Legalisation geben könnte.

Ursprünglich erhoffte sich der Gesetzgeber nämlich durch die Entkriminalisierung des Besitzes von Cannabis die stetige Zunahme des Konsums in Deutschland einzudämmen, den „Schwarzmarkt“ einzuhegen und den Schutz der Konsumenten zu verbessern. Im Ergebnis sollten Polizei und Justiz entlastet werden.

Das neue Cannabiskontrollgesetz

Zusammen mit dem Cannabiskontrollgesetz (KCanG) wurde eine Reihe von Gesetzen geändert. Das neue KCanG regelt den legalen Besitz und den Konsum von bis zu 25 Gramm Cannabis, sowie den Besitz von Cannabispflanzen. Daneben werden durch das KCanG Örtlichkeiten festgelegt, an denen der Konsum von Cannabis verboten ist.

Dienstrechtliche Aspekte

Isoliert betrachtet steht nun auch dem Polizeivollzugsbeamten das Recht zu, Cannabis zu konsumieren. Im Zusammenspiel mit den dienstrechtlichen Verpflichtungen des Beamten gibt es jedoch gewisse Einschränkungen.

Auf der Hand liegt, dass der Dienstherr den Konsum von Cannabis innerhalb der Dienstzeit reglementieren kann.

Die Reglementierung des Cannabiskonsums in der Freizeit des Beamten stellt sich dagegen deutlich kompliziertere dar.

Bisher stellten Erwerb, Besitz und Konsum von Cannabis außerhalb des Dienstes regelmäßig eine Straftat dar und somit einen Verstoß gegen die beamtenrechtliche Wohlverhaltenspflicht.

Nach der neuen Rechtslage fällt jedoch die schuldhaftige Begehung einer Dienstpflichtverletzung weg, sofern der Beamte im Rahmen des Erlaubten nach dem KCanG handelt.

Konsum tangiert weitere Dienstpflichten

Nichtsdestotrotz können durch den Konsum andere Dienstpflichten betroffen sein. In erster Linie ist an die Pflicht zur Gesunderhaltung zu denken, welche sich aus der „Pflicht, sich dem Beruf mit vollem persönlichem Einsatz zu widmen“ ableitet.

Der alleinige Konsum von Betäubungsmitteln und die Gefahr abhängig zu werden, stellen für sich zwar noch kein ernsthaftes Problem dar. Jedoch können die aus einem Konsum folgenden pflichtwidrigen Verhaltensweisen und Folgen im Ergebnis ein dienstpflichtwidriges Verhalten ausmachen.

Sofern ein Beamter abhängig ist, stellt sich die Frage, ob er der „Pflicht zur Wiederherstellung der Gesundheit“ unterworfen ist. Bei alkoholabhängigen Beamten ist mittlerweile anerkannt, dass ihnen ihr Dienstherr ein absolutes Alkoholverbot auferlegen darf.

Es steht zu vermuten, dass dies für cannabisabhängige Beamte gleichermaßen gelten wird.

Ein besonderes Augenmerk ist auf Waffenträger und die sich in diesem Kontext aufdrängende Frage zu legen, welche Auswirkungen der außerdienstliche Cannabiskonsum auf die Fähigkeit zum Führen von Dienstwaffen hat.

Eine ähnliche Fragestellung dürfte sich mit Blick auf die Nutzung von Dienstfahrzeugen stellen.

Handlungsmöglichkeiten des Dienstherrn

Sodann bieten sich dem Dienstherrn verschiedene Möglichkeiten, mit den neuen Regelungen des KCanG umzugehen. Die erste Option ist, keine besonderen Regelungen zu treffen.

Dies würde im Ergebnis bedeuten, dass der Dienstherr den Cannabiskonsum



Harald Bretschneider

Der Autor Prof. Dr. Bretschneider, LL.M. (Cardiff), ist Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.



Dominik Lambiasi

Der Autor Lambiasi, M.A., ist Polizeirat bei der Bundespolizei und Fachhochschullehrer an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Der Aufsatz ist in ausführlicher Form in der Zeitschrift für Beamtenrecht (ZBR) 10/2024 erschienen.

Eine zweite Handlungsalternative ist die Regelung durch Verwaltungsvorschrift.

Sofern der Dienstherr nur die innerdienstlichen Angelegenheiten und Verhaltensweisen der Beamten regeln will, dürfte dies unproblematisch sein.

Bei einer Regelung, die den außerdienstlichen Lebensbereich der Beamtenschaft betrifft, könnte dies aufgrund der Eingriffsintensität einer solchen Regelung jedoch in Konflikt mit dem verfassungsrechtlichen Vorbehalt des Gesetzes stehen.

Schließlich bliebe dem Dienstherrn noch die Möglichkeit, eine Regelung durch Gesetz herbeizuführen. Auf diese Weise könnte auch der außerdienstliche Konsum reglementiert werden.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit könnte es sich anbieten, hierbei zwischen einzelnen Beamtengruppen zu differenzieren. So wären insbesondere bei den Beamtengruppen, die gefahrgeneigte Tätigkeiten ausüben, tiefgreifendere Maßnahmen statthaft.

Conclusio

Am Ende bleibt ein differenziertes Bild, welches nach einer ausdifferenzierten Lösung verlangt. Dem Dienstherrn bleiben dabei verschiedene Konzepte zur Problemlösung.

Die Schaffung von innerdienstlichen Verbotsnormen sowie einer gesetzlichen Reglementierung des Konsums außerhalb des Dienstes dürften jedoch sicherlich für ein gewisses Maß an Rechtssicherheit sorgen.

Bretschneider/Lambiasi

DFL MUSS FÜR HOCHRISIKOSPIELE GEBÜHREN ZAHLEN

VOR DEM BVERFG: BREMEN HAT DEN RECHTSSTREIT GEGEN DIE DFL GEWONNEN

Die Deutsche Fußball Liga muss für Hochrisikospiele der Bundesliga in Bremen grundsätzlich Gebühren bezahlen und sich damit an den Kosten der Polizeieinsätze im Zusammenhang mit der Veranstaltung beteiligen. Ein über zehn Jahre andauernder Rechtsstreit endete im Januar in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht. Was bedeutet das für das Bundesland Hessen und andere? Ein erster medialer Aufschlag des Innenministers dazu bringt vorerst keine neue Erkenntnisse.



Bearbeitung: Wittig

Hessen begrüßt den Beschluss in Karlsruhe, will aber dafür eintreten, dass es eine bundeseinheitliche Lösung gibt.

Soweit, so gut. Einzig Bremen darf sich derzeit als Gewinner fühlen. Es ist ein Urteil mit Signalwirkung: Alle Bundesländer dürfen der DFL und damit den Clubs der Bundesliga und 2. Bundesliga die Mehrkosten für Polizeieinsätze bei sogenannten „Hochrisikospielen“ in Rechnung stellen. Der polizeiliche Kräfteaufwand ist auch in hessischen Stadien je nach Paarung und erfolgter Sicherheitsbewertung immens. Wie werden sich die Innenministerinnen und Innenminister der Länder und des Bundes positionieren? Zunächst sind die Bundestagswahlen abzuwarten.

Auch nicht vergessen sind die vielen hässlichen Szenen in Stadien, in der sich auch häufig Fangruppen von Eintracht Frankfurt hervortun.

Eine Verlautbarung zum Jahresende 2024 ließ aufhorchen: Die Eintracht ist fast Millionär, was die Straf-Zahlungen in der Saison 2023/24 anbetrifft. Die dpa hat die Strafen der 56 deutschen Profi-Clubs für Pyro und Gewalt bei Fußballspielen berechnet. Demnach ist Eintracht Frankfurt „Randale-Meister“. Die Ereignisse vom Stuttgart-Spiel trugen mit einer Strafe in Höhe von 250.000 Euro maßgeblich dazu bei, dass die Nachrichten-Agentur die Eintracht nun dazu ausrief.

Insgesamt musste die SGE in der vergangenen Spielzeit 918.950 Euro Strafe für Gewalt- und Pyro-Vergehen zahlen, dahinter folgen der 1. FC Köln mit 725.750 Euro und Zweitligist 1. FC Kaiserslautern mit 673.100 Euro.

Insgesamt 12,5 Millionen Euro mussten die 56 Clubs der Liga 1 bis 3 an Strafzahlungen berappen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen hatten im besagten Spiel gegen den VfB Stuttgart am eigenen Leib erfahren müssen, wie durch die sogenannten Fans massiv Gewalt ausgeübt wurde.

Derzeit laufen staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, auch gegen Polizeibeamte! Klar ist, dass Fehlverhalten in den eigenen Reihen nicht geduldet werden!

„Wir fordern eine bundeseinheitliche Lösung und die schnelle Umsetzung“



Woche für Woche werden unsere Kräfte mit der Gewalt konfrontiert. Durchreisender Fanverkehr auf Schienen oder in Bussen sind gerade in Hessen immer wieder Auslöser von Gewaltexzessen und Hass.

Der Staat, vertreten durch die Innenminister der Länder und der Bundesinnenministerin ist aufgerufen, schnell über diese zunehmende Gewalt intensiv zu beraten.

„Wenn „Gewalttäter Sport“ identifiziert sind, müssen auch spürbare Konsequenzen folgen! Stadionverbote und deren konsequente Durchsetzung dürfen nicht zum „Tabuthema“ verkommen. Wer Leib, Leben und Gesundheit anderer durch Ausübung von brutaler Gewalt in Fußballstadien „in Kauf nimmt“, muss konsequent und dauerhaft aus unseren Fußballarenen ausgeschlossen werden.“

Der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke, ist sich sicher: Das Urteil hat eine weitreichende Konsequenz. Es betrifft nicht mehr nur die Polizeieinsätze bei Fußballspielen, sondern alle kommerziellen Großveranstaltungen mit erhöhtem Konfliktpotenzial.

Die Entscheidung wird ein Präzedenzfall für ganz Deutschland sein und wird den Umgang mit der Finanzierung solcher Einsätze grundsätzlich beeinflussen.

Vordergründig sieht die GdP eine steigende Arbeitsbelastung für die Polizeiverwaltung durch mehr eingehende Gebührenbescheide, die erlassen werden müssten. Wer rechtssicher Polizeirechnungen stellen will, muss nun die Polizeiverwaltung ertüchtigen.

Wir als hessische GdP begrüßen die Absicht unseres Innenministers, für eine bundeseinheitliche Regelung zu werben und diese schnellstmöglich umzusetzen.

Einen föderalen Flickenteppich bei einer etwaigen Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen, Rheinland – Pfalz und Niedersachsen bereiten gerade eine Gebührenordnung vor, kann man den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nicht vermitteln. Als GdP sehen wir Politik, Fußballvereine und die Deutsche Fußballliga (DFL) in der Verantwortung, endlich ein gemeinsames Konzept gegen die wachsende Zahl an Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten, auf andere Ordnungskräfte sowie die Anhänger anderer Vereine vorzulegen.

Auch das ständige, schon fast selbstverständlich gewordene Abbrennen von Pyros in den Stadien muss dabei mit einbezogen und endlich unterbunden werden. Es ist einfach lebensgefährlich. ■

Jens Mohr



Frankfurter
Polizei
SOZIALVEREIN E.V.

AFTER-WORK-PARTY

DO. 24.04.25
18:00 - 02:00 Uhr

Barkello
by

LE PANTHER
Seilerstr. 34 - 60313 FFM

EINTRITT 7€

!!! Nur Abendkasse !!!

Einlass für Beschäftigte
von Polizei, Justiz, Feuer-
wehr, Rettungsdienste,
anderer Behörden und
deren Freunde & Familie

GETRÄNKE SPEZIAL

Beck's Bier & Äpfel saurespritzt 3€
Aperol Spritz, Hugo & Lillet Wild Berry 7€

PARTY DJ'S

DJ Magic
marios.music.box
DJ Lond.On

UNTERSTÜTZT VON



WEITER RIESIGE RÜCKSTÄNDE BEIM BEIHILFEANSPRUCH

DAS LEIDIGE THEMA SEIT JAHREN UND DIE FOLGEN FÜR DIE ANSPRUCHSTELLER

Ein Blick auf die Internetseite des Regierungspräsidiums Kassel zeigt uns, dass der Rückstand in der Bearbeitung eines „normalen“ Beihilfeantrags 32 Arbeitstage oder knapp 7 Wochen beträgt. Wer das Pech hat, Pflegeaufwendungen geltend machen zu müssen, darf derzeit sogar 8 Wochen auf sein Geld warten. Das sind die nackten Zahlen. Wenn ich aber dahinter schaue, was diese Zahlen für einen Beihilfeberechtigten Pensionär bedeuten, dann sollten wir uns nicht weiter vertrösten lassen.

Eine Beispielrechnung einer Pflegeeinrichtung für einen Monat Aufenthalt im Bereich der preiswerten Angebote im Pflegegrad 4 beträgt derzeit rund 5.200,00 €.

Hiervon gehen ab 556,50 € Leistung der privaten Pflegeversicherung (30 % von 1.855,00 €). Für den Rest von 4.643,50 € steht der Betroffene ganz allein im Obligo.

Bei zwei Monaten Bearbeitungsdauer bedeutet dies, dieser Betroffene muss allein bei den Pflegeaufwendungen für 9.287,00 € in Vorlage treten.

Da die Beihilfestelle auf Ihrer Homepage dafür wirbt, Pflegeaufwendungen getrennt von den übrigen Aufwendungen geltend zu machen, kommen die Aufwendungen für die medizinische Versorgung noch hinzu.

Hat sich unser Betroffener im Oktober 2024 eines kleinen Eingriffs in einer Klinik unterziehen müssen, mit stationärem Aufenthalt von nur 2 Tagen, sind für das Krankenhaus vielleicht 5.600 € entstanden.

Die private Krankenkasse erstattet im Wege der direkten Abrechnung 20 %, also 1.120 € an die Klinik.

Für den Beihilfebetrug von 4.480 € steht der Beihilfeberechtigte mit einem

Antrag auf Abschlagszahlung

Antragsteller/in Name, Vorname	Geburtsdatum	Personalnummer
Mustermann, Max	01.01.1950	12345678
E-Mail-Adresse		
Mustermann@musterfrau.de		
Dienststellen-Nr.		
Telefonnummer privat		
06666/1234567		
Telefonnummer dienstlich		

**Regierungspräsidium Kassel
Dezernat Beihilfen Hünfeld**

36086 Hünfeld



Gerhard Kaiser ist als ehemaliger Mitarbeiter der Beihilfenstelle versierter Experte und steht der GdP seit Jahren als Ansprechpartner für Auskünfte und Seminare zur Verfügung.

Zahlungsziel von meist zwei bis vier Wochen im Obligo. Eine Woche nach Einreichung des Beihilfeantrags für die Krankenhausrechnung kommen die beiden Chefarztrechnungen über insgesamt 3.400 € bei ihm an.

Hiervon übernimmt die private Krankenversicherung wieder 20 %, also 680 €. Den Beihilfeanspruch von 2.720 € macht der Pensionär mit einem weiteren Beihilfeantrag geltend, auf dessen Bearbeitung er dann 7 Wochen warten darf.

Im vorliegenden Beispielfall muss unser Pensionär also für 16.487 € für mindestens 2 Monate in Vorlage treten.

Stellt man dem gegenüber, dass die Alimentation eines pensionierten Poli-

zeioberkommissars derzeit rd. 3.300,00 € beträgt, wovon der Lebensunterhalt auch für den Ehepartner zu bestreiten ist, bleibt festzustellen, dass hier eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf amtsangemessene Alimentation und den tatsächlichen Leistungen des Dienstherrn besteht.

Wer hat für die Krankheitsvorsorge einfach mal 16.000 € freies Kapital auf dem Bankkonto, nur um die Beihilfe dauerhaft vorzufinanzieren?

Abschlagszahlung beantragen

Die Hessische Beihilfenverordnung (HBeihVO) bietet die Möglichkeit der Beantragung eines Abschlags (§ 17 Abs. 7 HBeihVO) auf die zu erwartenden Beihilfe.

Der auf der Homepage der Beihilfestelle verfügbare Vordruck ist zwar eigentlich nur für stationäre Aufenthalte konzipiert, erfüllt aber durchaus auch seinen Zweck für Abschlagsanträge.

Wer keine Möglichkeit hat, den Vordruck aus dem Netz zu nutzen, kann einen gedruckten Vordruck auch von seiner Kreisgruppe erhalten.

Ich rege an, den Antrag auf Zahlung eines Abschlags gesondert von dem Beihilfeantrag bei der Beihilfenstelle in Hünfeld einzureichen.

Das Ausfüllen dürfte eigentlich keine Schwierigkeiten bereiten.

Gerhard Kaiser

**GdP-Hessen zur derzeitigen
Beihilfeproblematik -
Worten müssen Taten folgen -
Beihilfeberechtigte stehen
finanziell „im Soll!“**

Antrag auf Beihilfe

Antragsteller/in Name, Vorname	Geburtsdatum	Personalnummer
MUSTERMANN, Max	01.01.1950	12345678
E-Mail-Adresse		
Mustermann@musterfrau.de		
Dienststellen-Nr.		
Telefonnummer privat		
06666/1234567		
Telefonnummer dienstlich		

DER RUHESTAND WILL GELERNT SEIN – MIT DER GDP

EIN BELIEBTES SEMINAR DER GDP – VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

Der Herbst hat viele Facetten. Störche zum Beispiel, die nach wie vor ihren Horst besetzt halten und den Flug in den Süden verpasst haben, oder doch lieber in der Schwalm überwintern wollen. Dazu die Kunst am Radweg mit Rotkäppchens erfolgreicher Flucht aus dem Bauch des Wolfes. Doch das ziemlich Beste an und in der Schwalm im Herbst bleibt das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ der Seniorengruppe der GdP Hessen.



Bilder: GdP

Das liegt auch daran, dass einer der Protagonisten aus dem Leitungsteam selbst Schwärmer ist und sozusagen ein Heimspiel hat. Diesmal konnten neben Hans-Joachim Barwe, auch oder besser als Urmel bekannt, Volker Zeidler und Bernd Braun aus dem Landesseniorenvorstand am 15. Oktober achtzehn Kolleginnen und Kollegen aus sieben Bezirksgruppen in unserer Stammtagungsstätte, dem gasthof Bechtel in Willingshausen-Zella, für drei Tage begrüßen.

Peter Schütrumpf eröffnete den Tag

Aufgrund von Terminkollisionen mussten wir von dem gewohnten Ablauf etwas abweichen. So hatte Peter Schütrumpf, Seniorenvorsitzender im Bezirk Bundespolizei und in Hessen zuhause, anstatt eines letzten diesmal das erste Wort.



Das tat der inhaltlichen Bedeutung seiner Ausführungen keinen Abbruch, ist doch Vorsorge in allen Lebensphasen erforderlich. Dazu gehört auch, sich der eigenen Endlichkeit bewusst zu werden und die Vorsorge auch darauf auszurichten.

Wie immer stand am Ende die Information zum sog. „Grasordner“, in dem alle Maßnahmen und Informationen zusammengefasst werden, die notwendig sind, wenn der Verfasser „ins Gras beißt“, so die Interpretation von Peter. Das löste dann auch die notwendige Heiterkeit beim Publikum aus, mit der die Veranstaltung im Übrigen sowieso einhergeht.

Unser treuer Begleiter Gerhard Kaiser

Nicht weniger amüsant in der Präsentation und genauso inhaltsreich ist



der Vortrag von Gerhard Kaiser zur Beihilfe.

Ja, auch er als ehemaliger Mitarbeiter der Beihilfestelle mit profunden Kenntnissen zu diesem Thema, ist mehr als unglücklich mit den derzeitigen Bearbeitungszeiten. Und er nimmt es auch nicht so hin. Ganz konsequent in der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten als Ruhestandsbeamter scheut er dabei auch nicht, die Auseinandersetzung, wenn es sein muss bis zur Klage.

Gerhard teilt sein Wissen gern mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unserer Seminare, das spürten alle schon nach wenigen Minuten. Um die Leitthemen ambulante Heilkur, Bemessungssatzerhöhung, Stichtagsprinzip und Zuschuss zum Krankenkassenbeitrag entwickelte der Referent einen großen und bunten Strauß wichtiger Informationen für die zukünftigen Ruheständlerinnen und Ruheständler. Hilfreich für die Motivation ist dabei, dass durchaus ein finanzieller Vorteil herauskommen kann.

Gewusst wie ist die Formel.

Welche Versicherungen werden noch benötigt? Stefan Sättler berichtet

Wissen sollten die Kolleginnen und Kollegen auch, was sie im Ruhestand und der Rente noch brauchen.

Versicherungen haben sicher ihren Sinn im Leben, aber ob alle noch sinnvoll sind, wenn man nicht

mehr im Berufsleben steht, hat uns Stefan Sättler erklärt.

Er führt als Selbstständiger eine Agentur der Signal-Iduna, einer der wichtigen Kooperationspartner unserer Gewerkschaft.

Er gab einen Überblick zu den elementaren Versicherungen, vor allem Kranken- und Pflegeversicherung, sowie Unfallversicherung und der aus seiner Sicht notwendigen Sachversicherungen.

Dabei ließ er auch durchblicken, dass die Entscheidungen des Mutterkonzerns nicht immer nachvollziehbar und sinnvoll sind. Einig ist sich der Referent dagegen mit der Signal-Idunagruppe, dass die Beiträge auch der privaten Krankenkassen in naher Zukunft steigen werden.

Zudem sieht er den Bundesgesundheitsminister auf dem richtigen Weg, wenn er die Krankenhauslandschaft in der Republik neu ordnen will.

Das hört Herr Lauterbach zurzeit nicht so oft.

Fachärztliche Hinweise von Klaus Edel

Was kann es Schöneres geben als im Ruhestand und der Rente gesund und fit zu bleiben, oder gar zu werden.

Diesen verständlichen Wunsch konnte und wollte Klaus Edel, Chefkardiologe im Herz-/ Kreislaufzentrum in Rotenburg nicht in Gänze erfüllen.

Aber natürlich hatte er ein paar wertvolle Tipps dabei, wie man auch dem Altern gute Seiten abgewinnen kann.

Zur Eröffnung seines Vortrages ließ er eine Runde EKG messen, was mit einem aus den Niederlanden stammenden neuartigen Gerät sehr einfach und nebenbei auch recht preiswert ist.

Leider geht das in Deutschland noch nicht wegen rechtlicher Hürden – oder ist doch eher die Bürokratie das Hemmnis?





Bild: Dr. Edel/SpÄZ

Jedenfalls ergab die Messrunde keine Hinweise, dass unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern jemand akut gefährdet ist. Allgemeines Durchatmen in der Zuhörerschaft war die Folge.

Dr. Edel (Foto oben), machte in seinem interessanten Vortrag deutlich, dass mehrere Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den oben bezeichneten Wunsch in großen Teilen Wirklichkeit werden zu lassen. Und es sind gar nicht die neuen, sondern eher die bekannten Komponenten: ausgewogene Ernährung, Bewegung und Sport, Stressvermeidung (auch im Ruhestand!), gute soziale Kontakte und auch regelmäßige Vorsorge beim Arzt.

Der Experte weiß aus eigener Erfahrung, dass es nicht immer so läuft. Die Konsequenzen hat er gezogen und ist viel mit dem Fahrrad unterwegs, unter anderem auch den Weg von Zella zurück nach Rotenburg. Da eifert er ein bisschen dem Landesseniorenvorsitzenden nach.

B. Braun, V. Zeidler und H. J. Barwe gestalteten den abschließenden Tag

Den letzten Seminartag gestalteten unsere drei Teamer im Wesentlichen selbst, sieht man von der sehr guten Versorgung durch unser Tagungsgastgeber ab.

Wir bieten diese kleine Fortbildung gerade deshalb an, um unseren Kolleginnen und Kollegen zu ersparen, dass sie plötzlich raus sind. Da gibt es einiges vorzubereiten und zu bedenken, denn Ruhestand will gelernt sein. Bernd Braun hatte die notwendigen und sinnvollen Anregungen in drei Blöcken zusammengefasst, deren Bezeichnungen er dem Sport entnahm.

Im Endsport geht es um die letzte Phase des Berufslebens, von unerledigten Vorgängen, dem Gebrauchtwerden bis zu Verlusten, die es zweifellos auch gibt.

Auch die Frage, wie man nach 40, manche sogar mehr Jahren, die Dienststelle verlässt, steht im Raum. Eine Meisterfeier empfehlen wir hier, die von den Ruheständlerinnen und Ruheständlern selbst geplant wird, unter anderem entscheiden sie, wen sie einladen und ob der



Bild: GdP

Polizei-präsident oder die Präsidentin dabei sein soll/darf, oder besser nicht.

Dann geht es raus und nach Hause, oder wohin auch immer, natürlich durch den Haupteingang und erhobenem Kopf-



es. Stolz und zufrieden zu sein macht Laune auf das neue Spiel.

Darum geht es im letzten Abschnitt. Wie geht das jetzt ohne Arbeit und Arbeitszeit, wie teile ich den Tag jetzt ein, was mache ich mit der gewonnenen Zeit?

Welche Angebote und vielfältigen Möglichkeiten es dazu gibt, hatten Teilnehmerinnen und Teilnehmer schon in der Vorstellungsrunde angedeutet, an der einen oder anderen Stelle wurde noch mal konkretisiert oder ergänzt. Das zeigte, dass das Seminar schon im Vorfeld gewirkt hatte.

Traditioneller Kulturteil des Seminars

Der inzwischen schon traditionelle Teil mit Stadtführung und Museumsbesuch in Ziegenhain fand auch bei dieser Gruppe hohe Anerkennung, die Hans-Joachim Barwe an erster Stelle zugekommen ist.

Seine guten Kontakte in seinem ehemaligen Dienstort sind in der Vorbereitung und Durchführung überaus hilfreich. Genauso ist es mit den gewerkschaftlichen Themen, die so interessant wie selbstverständlich sind.

Der Landesvorsitzende besuchte uns

Und so war auch in diesem Herbst der hessische Landesvorsitzende der GdP, Jens Mohrherr, ganz selbstverständlich sowohl Referent bei der Darstellung wichtiger und aktueller Themen, als auch Gast bei unserem abendlichen Gedan-

ken- und Meinungsaustausch, wenn auch ohne Kamin.

Es kommt gut an bei der vielgerühmten Basis, wenn sich die Funktionsträger nicht nur zeigen, sondern sich den manchmal auch kritischen Fragen stellen.

Zum Abschluss gab es noch eine lebhaft Information und Diskussion um die seniorenbezogenen Themen in der GdP, so zum Beispiel über Mobilität und Wohnen im Alter, oder zur nicht enden wollenden Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage,



Jens Mohrherr zu Gast bei den Senioren

bis zum Überthema Wertschätzung, vor allem nach dem aktiven Dienst.

Gut informiert und mit dem einen oder anderen Wurstpaket unter dem Arm kehrten wir dem sonnigen Herbst der Schwalm den Rücken mit der Aussicht, im nächsten Frühjahr wiederzukommen um den Störchen und Bechtels guten Tag zu sagen.



GdP-Senioren – Immer am Ball



JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG DA-DI

AM 3. DEZEMBER 2024 TRAF SICH DIE KREISGRUPPE DARMSTADT-DIEBURG ZU IHRER ALLJÄHRLICHEN JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG.

Diesjähriger Veranstaltungsort war das stimmungsvolle Ambiente der „Reiterschänke“ in Babenhausen, welches in der Vorweihnachtszeit mit festlichem Schmuck, einem warmen Kaminfeuer und einer einladenden Atmosphäre glänzte. Der Tag begann um 9 Uhr mit der Kreisgruppenvorstandssitzung. Bei belegten Brötchen und heißen Getränken diskutierte der Vorstand zentrale Themen, welche die Gewerkschaft im Jahr 2024 bewegten. Neben einem Rückblick auf die Arbeit des Vorstandes wurden auch aktuelle Herausforderungen besprochen wie die Verschiebung der Besoldungserhöhung im kommenden Jahr. Auch Themen der Stadtpolizei, aktuelle Entwicklungen in der AHE sowie die anhaltende Debatte um Personal Kürzungen standen dabei im Fokus. Es war eine spannende Runde, in der sich die Möglichkeit eines gegenseitigen Austausches bot.

Anschließend ging es, bei leuchtendem Tannenbaum und knistern den Kamingerauschen, weiter zu einer leckeren Mittagsverstärkung. Nach dem Mittagessen startete die diesjährige Jahreshauptversammlung mit köstlichen frisch gebackenen Obst- und Käsekuchen sowie leckeren Heißgetränken, zu der auch die Pensionäre der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg eingeladen wurden. Ein Höhepunkt des Nachmittags war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Insgesamt wurden Jubiläen für 25, 40 und sogar 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit gefeiert. Die Jubilare wurde im Vorfeld gesondert zu der Veranstaltung eingeladen. Vier von Ihnen durften wir sogar persönlich vor Ort mit einer Urkunde und einem üppigen Geschenkkorb

Im Anschluss berichteten die vier von ihrem Werdegang bei der Polizei sowie von ihren Erlebnissen und Erfahrungen auch im Hinblick auf die heutige Situation innerhalb der Polizei. Ein weiterer zentraler Tagesordnungspunkt war der Bericht der Kassenprüfer sowie die Entlastung des Vorstandes.

Bei den Kassenprüfern gab es Neuwahlen. Hier trat Timo Rzhia nach zwei Wahlperioden zurück und übergab nach einstimmiger Wahl die Verantwortung an Ulrich Loehr.

Darüber hinaus standen Themen wie die Verschiebung der Beamtenbesoldung in Hessen sowie die daraus resultierenden zukünftigen polizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der politischen Entscheidung, die Entwicklung im TVÖD, sowie aktuelle Personalentwicklungen. Abschließend wurden zukünftige Aktivitäten und Strategien für die Arbeit der Kreisgruppe erörtert. Dabei betonte der Vorstand, wie wichtig der Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaft sei, um gemeinsam die Interessen der Mitglieder nachhaltig vertreten zu können. Die Jahreshauptversammlung endete in einer rundum positiven Atmosphäre. Sie bot nicht nur Raum für den Austausch und Diskussionen, sondern zeigte auch, wie bedeutsam die Gemeinschaft und das Engagement der Mitglieder sind. Mit einem klaren Blick auf die Herausforderungen des kommenden Jahres und der Unterstützung durch eine starke Gewerkschaft blicken die Mitglieder zuversichtlich in die Zukunft.

Wir danken allen unseren Mitgliedern für ihre langjährige Treue und Zusammenarbeit. Wir wünschen euch alle für das neue Jahr 2025 alles erdenklich gute wir freuen uns auch in Zukunft auf eine so positive Zusammenarbeit.

Jana Knutas

MANFRED KREUZ	40 JAHRE
WOLFGANG HAHN	40 JAHRE
RAIMUND KURTH	50 JAHRE
KARL GOTTFRIED VOCK	50 JAHRE



EINLADUNG ZUR JHV DER SENIORENGRUPPE FFM

WIR LADEN EIN:

Anlass: Jahreshauptversammlung 2025
 Wann: Mittwoch, 21. Mai, 14:30 Uhr
 Wo: Bürgerhaus Ronneburg
 Gelnhäuser Str. 2, 60435 Frankfurt am Main



Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Gedenken
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Bestätigung/Änderung der Tagesordnung
5. Bericht des Vorstandes
 - a. Tätigkeitsbericht
 - b. Kassenbericht
6. Aussprache
7. Bericht der Kassenprüfer
8. Entlastung des Vorstandes
9. Grußworte
10. Wahl des Vorstandes
11. Wahl der Delegierten für die Bezirksdelegiertenkonferenz
12. Wahl der Delegierten für die Landesseniorenkonferenz
13. Antragsberatung
14. Schlusswort

Anträge/Wahlvorschläge bitten wir bis zum 7. Mai 2025 an uns zu senden. Wir freuen uns auf gute Diskussionen und Beschlüsse.

Wir sehen uns
 Der Vorstand der Kreisgruppe Senioren

Gewerkschaft der Polizei Kreisgruppe F-Senioren
 Seckbacher Landstraße 6
 60389 Frankfurt/M.
gdp-senioren.ffm@web.de

EHRUNG ZUM 50. GEWERKSCHAFTSJUBILÄUM

Ein bisschen spät, aber nicht vergessen. Am 14. November des vergangenen Jahres hatte ich die große Freude unserem langjährigen Mitglied

Wilfried Peter

die Ehrennadel in Gold mit vollem Lorbeerkranz persönlich zu überreichen. Der Kollege Peter konnte aus familiären Gründen an unserer Weihnachtsfeier nicht teilnehmen, so dass es für Unterzeichnerin Ehrensache war ihm die Urkunde nach Hause zu bringen zumal der

Kollege fast in der Nachbarschaft wohnt. Wir haben einen sehr gemütlichen, ja auch interessanten Nachmittag verbracht. Das Ehepaar Peter konnte viel erzählen und die Zeit verging wie im Flug. Das mein Bericht so spät erscheint, ist dem Umstand geschuldet, dass ich wenige Tage später ein sehr unerfreuliches Zusammentreffen mit einem großen Hund hatte der mich bis zum heutigen Tag in meiner Bewegungsfreiheit sehr einschränkt.

Elke Oswald



GDP & ÄPPLER

DER BUCHWALD IN BERNEM

Am Mittwoch, dem 07.11.2024, um 18:00 Uhr, war es wieder soweit. Der beliebte GdP-Stammtisch „GdP und Äpfel“ fand dieses Mal wieder in Frankfurt-Bornheim statt.

Um es vorweg zu sagen: Bernem kann Apfelweinwirtschaft.

Auch dieses Mal nahmen neue Kollegen, Kolleginnen, Pensionäre oder Freunde am Stammtisch teil. Es waren insgesamt 18 Personen. Es wurde schon mehrmals angefragt, wann der Stammtisch wieder stattfindet.

Die urige Apfelweinwirtschaft „Der Buchwald“ in der Buchwaldstraße 22 A wurde auserwählt.

Diese Apfelweinwirtschaft befindet sich an einer ruhigen Straße im Wohngebiet. Der ein oder andere Teilnehmer des Stammtisches hatte einige Probleme, um diese Wirtschaft zu finden.

Nicht jeder kennt diese Apfelweinwirtschaft, obwohl es sich um die Schoppen-oase in Bernem handeln soll. Im Frankfurt Journal „Frankfurt geht aus“ belegt diese Apfelweinwirtschaft jedes Jahr einer der vorderen Plätze in der Rubrik beste Apfelweinwirtschaften in Frankfurt.



Wir konnten uns davon überzeugen. Die Kelterei Stier aus Maintal beliefert die Apfelweinwirtschaft mit mehreren verschiedenen Apfelweinen. Der Apfelwein ist top, der ein oder andere Bembel wurde geleert. Die Speisen sehr lecker.

Und es gab viele gute Gespräche.

An dem Tag stand auch das Wahlergebnis in Amerika fest. Es war eine Überraschung. So viele Amerikaner hatten Donald Trump gewählt. Was bedeutet das für Deutschland?

Dann ging auch eine Unterschriftenliste der Kreisgruppe Mitte herum. Es ging um den Rotationserlass, der für viel Unruhe bei den Kollegen/Kolleginnen sorgt. Es wird jetzt versucht, dass viele Kollegen/Kolleginnen an der Unterschriftenaktion



teilnehmen. Es ist eine Aktion gegen diesen Rotationserlass getan. Dieser Stammtisch zeigt Solidarität. Aber es gab auch andere Gesprächsthemen. Die Seniorengruppe Frankfurt wird nächstes Jahr wieder einige Veranstaltungen durchführen, darunter den Seniorentag im März 2025. Durch die vielen Gespräche ging die Zeit in der Wirtschaft so schnell rum.

Und es gab wieder ein positives Feedback von dieser Veranstaltung.

Fazit: Der nächste Äpfel wird kommen. Nächstes Jahr sind wir in einem anderen Stadtteil von Frankfurt und besuchen ein anderes Apfelweinlokal.

Ihr werdet wieder rechtzeitig darüber informiert.

Uwe Nachtwey

ZUSAMMEN TUT GUT

WEIHNACHTSFEIER DER SENIOREN FRANKFURT

Es musste diesmal ohne sie gehen. Nein, nicht ohne eine Weihnachtsgeschichte. Es musste ohne Elke Oswald, unsere Kreisgruppenvorsitzende, gehen. Sie hatte ein paar Tage vorher einen ebenso kuriosen wie schweren Unfall, der eine Teilnahme und damit auch Mitgestaltung der diesjährigen Weihnachtsfeier der Kreisgruppe unmöglich machten.

So hatten die übrigen Mitglieder des Kreisgruppenvorstandes eine gute Gelegenheit zu zeigen, was sie draufhaben. Und sie bekamen Unterstützung von den häufig viel gelobten Frauen im Hintergrund, diesmal klar im Vordergrund. Nicht nur die selbstgebackenen Kuchen und Plätzchen machen das deutlich, sondern auch

die Ausstattung des Raumes im Bürgerhaus Nordweststadt, bei der sie tatkräftig unterstützen. Gemeinsam machten wir aus dem eher nüchternen Saal eine gemütliche Stube. Wir waren nämlich innerhalb der Nordweststadt umgezogen, vom Glashaus ins Bürgerhaus, weil der Platz nach den Erfahrungen des letzten Jahres knapp zu werden drohte. Das mehr an Platz war gut für den Ablauf, auch wenn nicht alle Plätze besetzt waren.

Fast pünktlich um 15.00 Uhr eröffnete der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende die Feier und begrüßte knapp fünfzig Kolleginnen und Kollegen, häufig in Begleitung ihrer Partnerinnen und Partner, und



Bernd Braun begrüßt das Publikum

als besonderen Gast den Bezirksgruppenvorsitzenden Jochen Zeng. Alexander Wagner, der für die Seniorinnen und Senioren zuständige Sekretär beim DGB-Kreis Frankfurt, musste seine Teilnahme kurzfristig absagen und verpasste damit nicht



Die Geehrten

nur die Ehrungen langjähriger Mitglieder sondern auch das außergewöhnliche Kuchenbuffet nebst einem sehr schmackhaften Kaffee.

Nach der Erinnerung an die im zu Ende gehenden Jahr verstorbenen Mitglieder, gab der stellv. Kreisgruppenvorsitzende (und Landesseniorenvorsitzende) einen kurzen gewerkschaftspolitischen Bericht ab. Das ist eher ungewöhnlich für diese Veranstaltung, aber die aktuelle Situation machte es erforderlich. Denn die hessische Landesregierung hatte verkündet, dass die nach den Tarifverhandlungen für den 1. August 2025 zugesagte und per Gesetz verabschiedete Besoldungsanpassung auf den 1. Dezember verschoben werden soll. Davon sind die Ruheständlerinnen und Ruheständler mehr betroffen, haben sie doch von Haus aus einige hundert Euro weniger im Portemonnaie. Ganz besonders trifft eine solche Unverschämtheit Hinterbliebene. Deren Versorgungsanspruch ist noch einmal deutlich niedriger, und sie müssen doch die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten tragen.

Mit Respekt vor einer Lebensleistung hat das nichts zu tun.

Bei aller Empörung ist auch solche eher schlechte Nachricht nicht geeignet, die gute Stimmung der Anwesenden zu trüben.

So konnte der Sturm auf das Kuchenbuffet in die erste Runde gehen bevor wir in die Ehrungen eintreten konnten.

Mit Urkunde, Ehrennadel, einem Bembel und dem passenden Wein dazu konnten so acht Kolleginnen und Kollegen, darunter auch die Witwe unseres Kollegen Lothar Keller, ausgezeichnet und geehrt werden. Die Ehrung nahm neben Bernd Braun auch unser Bezirksgruppenvorsitzender Jochen Zeng, der sich besonders viel Zeit genommen hatte um die Feier zum Teil auch mitzugestalten.

Dafür gebührt ihm einen besonderen Dank.

Nach einer zweiten Runde Kuchen und Kaffee war es Zeit für die Weihnachtsgeschichte von Ursula Moosbauer. Auch sie hatte von ihrem Mann und ständigen Mitwirkenden bei unseren Veranstaltungen, Bert-

hold, Abschied nehmen müssen. Umso dankbarer waren die Teilnehmenden, dass sie auch diesmal eine Geschichte ausgesucht hatte. Sie stammte von Norbert Blüm, unserem verstorbenen Kollegen von der IG Metall, und beschrieb die Erlebnisse von Weihnachten 1945, in einem sehr kalten Winter – ohne Krieg. So wird uns bewusst, welche hohe Bedeutung Frieden für die Menschen hat. Und es passt sehr gut zur Botschaft, die der Anlass für unsere Feiern ist.

Geehrt wurden:

Rosel Kimpel	40 Jahre
Hermann Fink	50 Jahre
Hans Hermann	50 Jahre
Wilfried Peter	50 Jahre
zu Hause geehrt	
Norbert Richmann	50 Jahre
Dagobert Schulz	50 Jahre
Jürgen Stohmann	50 Jahre
zu Hause geehrt	
Günter Fritz	60 Jahre
Eugen Goltzsche	60 Jahre
Lothar Keller	60 Jahre
(posthum)	



Das üppige Kuchenbuffet



Jochen Zeng berichtet



Das aufmerksame Publikum

14. DEUTSCHER SENIORENTAG IN MANNHEIM

Vom 2. bis 4. April 2025 findet in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. In Vorträgen, Mitmach-Angeboten, Workshops und Podiumsdiskussionen geht es darum, wie man aktiv und gesund älter werden kann. Auf einer Messe präsentieren Aussteller aus Deutschland und aus der Region innovative Angebote für ältere Menschen und alle, denen ein gutes Leben im Alter wichtig ist. Die Schirmherrschaft hat der (alte) Bundeskanzler übernommen.



Deutscher Seniorentag



Bilder: DST/Uli Deck

Der Deutsche Seniorentag, der eine Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) ist, findet alle drei Jahre jeweils in einem anderen Bundesland statt.

2025 ist er zum ersten Mal in seiner über 30-jährigen Geschichte in Baden-Württemberg zu Gast. 2021 wurde die Großveranstaltung wegen der Coronapandemie ausschließlich digital durchgeführt. 2018 in Dortmund und zuvor in Frankfurt und Hamburg nahmen jeweils rund 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil.

Abwechslungsreiches Programmangebot

Unter dem Motto „Worauf es ankommt“ werden auf dem Seniorentag Engagement und digitale Teilhabe zentrale Themen sein. Die GdP-Seniorengruppe, als Mitgliedsorganisation in der BAGSO, ist selbstverständlich ebenfalls präsent.

Mit einer Veranstaltung der süd-hessischen Laienspielgruppe „Roßdörfer Spätlese“ werden in Szenen, wie falscher Handwerker oder Schockanrufer, die besonders perfide Betrugsmasche zum Nachteil älterer Mitmenschen gespielt.

Zwei Polizeibeamtinnen aus Hessen und Baden-Württemberg begleiten die Spielszenen mit polizeilichem Fach- und Sachverstand und stehen dem Publikum für Fragen zur Verfügung.

Die Veranstaltung am Donnerstag ist nicht die einzige Aktivität, der GdP-Senioren auf dem Seniorentag.

GdP-Seniorengruppe ist vor Ort

Gemeinsam mit weiteren DGB-Gewerkschaften haben wir einen Infostand in zentraler Lage. Die GdP-Seniorengruppe wird durchgängig während des gesamten Seniorentages präsent sein und Ansprech- und Gesprächspartner für unsere Mitglieder und Interessierte sein.

Der Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerk wird ebenfalls an allen Tagen anwesend sein und freut sich auf viele Gespräche mit GdP-Mitgliedern aus der näheren und weiteren Region.

Der 14. Deutsche Seniorentag in Mannheim ist eine gute Gelegenheit für eine Tagesveranstaltung örtlicher GdP-Seniorengruppen. Neben interessanten Veranstaltungen kann man sich durch die vielen gewerblichen, privaten und institu-

tionellen Aussteller einen Überblick darüber verschaffen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es im Alter, bei der Pflege oder im Alltag es gibt.

Interessant auch für Polizeianwärter

Interessant ist die GdP-Veranstaltung auf dem Seniorentag besonders für Polizeianwärter. Hier können sie erfahren, wie Prävention anders und nachhaltiger gestaltet werden kann. Darüber hinaus können sie mannigfaltige Erkenntnisse über die besondere Situation der Menschen im fortgeschrittenen Alter gewinnen.

Informationen zur Veranstaltung

Nähere und weitergehende Informationen kann man telefonisch oder im Internet bei der BAGSO erhalten. Die Eintrittskarten enthalten darüber hinaus ein ÖPNV-Ticket des Rhein-Nahe-Verkehrsverbundes.

Verschaffen Sie sich einen Überblick. Alle Informationen zu den Veranstaltungen sind im Programmheft und auf der Internetseite (<https://www.deutscher-seniorentag.de>) zu finden. Ein Besuch lohnt sich!

Ewald Gerk



Worauf es ankommt

Mit dem Motto „Worauf es ankommt“ setzt der 14. Deutsche Seniorentag 2025 ein Zeichen in herausfordernden Zeiten. Er ruft dazu auf, sich auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig ist: im eigenen Leben ebenso wie in Politik und Gesellschaft, für ein gutes Leben im Alter.

Nach der feierlichen Eröffnung geht es in über 80 Veranstaltungen weiter mit Vorträgen, Mitmach-Angeboten, Workshops und Podiumsdiskussionen. Auf der Messe erwarten Sie zahlreiche Ausstellungsstände.

Ihr Deutscher Seniorentag

- **Treffen Sie Menschen**, denen ein gutes Leben im Alter ebenfalls wichtig ist, knüpfen Sie Kontakte, tauschen Sie Erfahrungen aus oder finden Sie eine passende Möglichkeit, sich zu engagieren.
- **Informieren Sie sich** in den Veranstaltungen und an den Messeständen über alle Themen, Produkte und Dienstleistungen für ein gesundes, aktives und selbstbestimmtes Alternwerden.
- **Probieren Sie Neues aus** – auf der Messe und in Veranstaltungen: Gedächtnistraining, Bewegungstrends, Tanzen, Singen und mehr.
- **Erleben Sie bekannte Persönlichkeiten** aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft – unsere Vorträge und Diskussionsrunden sind prominent besetzt.
- **Diskutieren Sie mit:** Wir suchen das Gespräch mit dem Publikum. Sie haben Gelegenheit, sich mit Ihrer Meinung zu beteiligen.
- **Lassen Sie sich unterhalten** – mit Musik, Kunst und Kabarett.

Die Stimme der Älteren

Der Deutsche Seniorentag ist die wichtigste bundesweite Veranstaltung zum Alternwerden in Deutschland.

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen organisiert ihn alle drei Jahre. Das breite Themenspektrum spricht Menschen aller Generationen an. An drei Veranstaltungstagen kamen zuletzt 15.000 Teilnehmende.

Die BAGSO ist die Stimme der Älteren in Deutschland. Mit ihren über 120 Mitgliedsverbänden setzt sie sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Alternwerden in sozialer Sicherheit ein.

■ **Blieben Sie auf dem Laufenden:**
Besuchen Sie unsere Internetseite
www.deutscher-seniorentag.de

MOTOR DER DEMOKRATIE

5. DEZEMBER – INTERNATIONALER TAG DES EHRENAMTES

Das Weihnachtsfest 2024 liegt hinter uns, das neue Jahr 2025 ist, bereits voll im Gang. Trotzdem möchte ich kurz zurückblicken und als Einstieg in die Thematik eine Frage stellen.

Wer hat den Schwächsten unserer Gesellschaft denn ein Weihnachtsfest 2024 ermöglicht?

In Obdachlosenunterkünften oder Kinderheimen bringen sich Engagierte ein, damit diejenigen, die es besonders schwer im Leben haben, in der dunklen Jahreszeit ein paar Momente des Glücks und der Gemeinschaft erleben können. Sie setzen damit ein gesellschaftliches Zeichen der gegenseitigen Fürsorge. Ehrenamt als gesellschaftlicher Anker! Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Ob Gewerkschaft, Bürgerinitiative, freiwillige Feuerwehr, Gericht, Sportverein oder Kommunalpolitik – überall sind Menschen ehrenamtlich tätig. Sie schaufeln sich in ihrer privaten Zeit Räume frei, um einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen zu leisten. Der jährlich am 5. Dezember abgehaltene „Internationale Tag des Ehrenamtes“ ist die Anerkennung ihres Engagements. Denn klar ist: Ohne die zahllosen Freiwilligen würde es in manchen Bereichen deutliche Lücken geben, gerade dort, wo sich der Staat aus der Daseinsvorsorge zurückgezogen hat. Quer durch alle Altersgruppen gibt es Menschen, die ein Ehrenamt ausfüllen. Die Zahl derjenigen, die sich in den gesellschaftlichen Dienst stellen, ist seit Jahren auf einem erfreulich hohen Niveau. Laut einer Auswertung des Autors von Zahlen des Statistischen Bundesamtes, waren es zuletzt fast 29 Mio. Menschen. Besonders erfreulich: Ehrenamt ist keine Frage des Alters. Quer durch alle Altersgruppen geht über ein Drittel einer ehrenamtlichen Tätigkeit nach. Allerdings ist der Trend zu beobachten, dass der zeitliche Umfang der freiwilligen Tätigkeiten sinkt, es werden weniger Wochenstunden aufgewendet. Hierbei ist auffällig, dass sich Frauen anteilig seltener zeitintensiv engagieren als Männer. Das ist ein strukturelles Problem für das Ehrenamt. Hier wird eine ganze Reihe von Problemen offensichtlich. Die vergangenen Jahre waren von Krisen und Stress geprägt. Entgrenzung von Arbeitsort und -zeit, teilweise unsichere



Arbeitsverhältnisse und wenig Planungssicherheit erschweren ehrenamtliches Engagement. Bestehende Mechanismen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und unzureichende Kinderbetreuungsangebote sorgen dafür, dass Frauen weniger Zeit zur Verfügung steht. Die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Ämtern dürfte auch damit zusammenhängen.

„Arbeit der Freiwilligen“ wertzuschätzen ist daher unglaublich wichtig! Es ist deshalb wesentlich, dass die Bedeutung des Ehrenamtes gestärkt wird und auch über den Gedenktag im öffentlichen und politischen Fokus bleibt.

Geeignete Maßnahmen können beispielsweise regionale Ehrenamtskampagnen, der Einsatz für eine höhere Ehrenamts-pauschale oder auch Mentoring-Programme zur Gewinnung von politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern gehören. Nicht zuletzt hängt vieles auch an einem fortgesetzten Ausbau der Kinderbetreuung. Auch im Rahmen der Ehrenamtsausführung, beispielsweise bei Gewerkschaftsveranstaltungen.

Wir als GdP hatten erst zuletzt auf Landesebene für einen Sonderurlaubstag für Gewerkschaftsmitglieder geworben.

Ein intaktes Ehrenamt ist für eine lebendige Zivilgesellschaft unabdingbar. Ihm darf aber auch nicht alles aufgebürdet werden. Die Bundesregierung hat anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes am 5. Dezember, eine Engagement-Strategie des Bundes beschlossen um das Engagement von Freiwilligen zu stärken. „Mit dieser Strategie setzen wir Leitplanken für jede künftige Engagement-Politik des Bundes. Wir verbessern Beratung, Qualifizierung und Vernetzung und erleichtern

den Zugang zu freiwilligem Engagement. Die Engagierten dieses Landes sind ein Garant für den demokratischen Zusammenhalt und sie verdienen einen verlässlichen Rahmen für ihre wertvolle Arbeit“, so Bundesfamilienministerin Lisa Paus.

Die GdP möchte die Polizeibeschäftigten zu gewerkschaftspolitischer Beteiligung motivieren. So wollen wir innerhalb unserer Organisation demokratische Willens- und Meinungsbildungsprozesse erfahrbar machen. Dabei steht das solidarische Miteinander der Gewerkschaftsarbeit im Fokus. Wir verhelfen durch unsere Aktivitäten quer durch alle Altersgruppen, unseren Mitgliedern, sich kritisch-konstruktiv mit politischen und beruflichen Themen auseinanderzusetzen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Damit können die Polizeibeschäftigten, insbesondere aber unsere Mitglieder, zur Verbesserung ihrer eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen beitragen und dafür sorgen, dass auch zukünftige Generationen von Polizeibeschäftigten eine Chance zu beruflicher und politischer Mitbestimmung erhalten. Sie können sich für unterschiedlichste Themen stark machen und somit ihrer Bildungs- und Vorbildfunktion gegenüber nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen nachkommen. In diesem Sinn erfüllt die GdP einen wichtigen Bildungsauftrag gegenüber ihren Mitgliedern und fördert gleichzeitig deren Fähigkeit, reflektiert und verantwortungsbewusst politisch und gesellschaftlich zu handeln. All dies ist nur durch unzählige ehrenamtliche aktive Gewerkschafter möglich.

Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender BZG HPE

ERINNERUNGSKULTUR AM LEBEN HALTEN

27. JANUAR 2025, 80. JAHRESTAG DER BEFREIUNG VON AUSCHWITZ

1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland – mit schrecklichen Folgen. Eine der Lehren für heute lautet, wachsam zu sein, sagte der Historiker und Leiter des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin, Andreas Wirsching. „Demokratien müssen aktiv verteidigt werden.“ In diesem Kontext gab es im Januar einen weiteren bedeutenden Gedenktag, den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust – am 27. Januar. An dem zahlreichen Regierungsvertreter aus aller Welt, ins polnische Auschwitz gereist sind, um den Opfern zu gedenken.

Wirsching hatte anlässlich des 90. Jahrestages der Machtergreifung neueste Forschungsansätze publiziert. Interessant für uns als Polizei sind hierbei die Mechanismen die 1933 im Hintergrund abliefen. „...Dadurch, dass die Nazis erfolgreich glauben machten, es habe sich um eine legale Machtübernahme gehandelt, konnten sie auch die Justiz und die Exekutive, also die Polizei und die Verwaltung, hinter sich bringen. Die waren auch vorher schon rechter Ideologie nicht abgeneigt, haben sich aber sofort von den Nazis in den Dienst nehmen lassen – weil sie glaubten, oder glauben wollten, dass sie völlig rechtmäßig handeln...“

Vielen Leserinnen und Lesern wird vielleicht nicht präsent sein, welche verheerende Rolle die deutsche Polizei in Zusammenhang mit dem Holocaust einnahm. Seit einer GdP Bildungswoche zu diesem Thema ist der Autor davon überzeugt, dass die Auseinandersetzung „der Rolle der Polizei im Nationalsozialismus“, auf den Ausbildungs-/Studienplan eines jeden Polizeischülers in Deutschland gehört! Daher setze ich mich in meiner Rolle als Gewerkschaftler dafür ein, dass dieses Thema seitens der Polizeischulen aufgenommen wird und auch wir als Gewerkschaft selbst unserem Bildungsauftrag nachkommen und uns diesem, zugegebenermaßen vielleicht unbequemen, aber doch so unendlich wichtigen Themas annehmen.

Doch zurück zu den interessanten Ausführungen des Historikers Wirsching. Ihm zufolge lautet die Lehre aus 1933: „Wir müssen wachsam sein, und zwar



Lagerzaun des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau

rechtzeitig. Dafür müssen wir Gefährdungen der Demokratie zunächst einmal erkennen und ihnen dann entgegenzutreten, solange die Rechte dafür gegeben sind. Wir sind gefordert, Gegnern der Demokratie gewaltfrei entgegenzutreten und einfach den Rechtsstaat und die Demokratie aktiv zu verteidigen. Denn wenn die Freiheit erst einmal verloren ist – wie etwa in Russland heute –, dann ist es schwierig, da noch etwas zu unternehmen.“ Zu den aufstrebenden rechtsgerichteten Parteien in vielen Ländern Europas führt Wirsching aus: „Wir leben in einer Zeit, die in gewisser Weise vergleichbar ist mit den 1920er- und 1930er-Jahren. Es besteht auch heute offenkundig das Bedürfnis, eine komplexe Welt zu reduzieren, einfache Antworten zu geben und Freund-Feind-Gegensätze aufzubauen. Das kann auch der vermeintliche Gegensatz zwischen „Wir, das Volk“ und den „korrupten Eliten“ sein. Und in solchen Zeiten wächst die Sehnsucht nach jemandem, der einfach gordische Knoten durchschlägt und sagt: „So ist es.“

Daraus resultiert die Frage, wie kann man, wie können auch wir als Gewerkschaft und somit Teil der Gesellschaftspolitik die Demokratie stärken?

Wirsching führt in diesem Kontext aus: „Meines Erachtens ist es wichtig, dass wir neue partizipatorische Elemente finden. Da sind zum Beispiel die Parteien aufgefordert, sich stärker in die Gesellschaft zu öffnen, deren Stimme noch besser zu hören und auch zu integrieren. In den USA beispielsweise wird die Washingtoner Elite von vielen ge-

hasst, weil sie als abgehoben erscheint. Und das ist natürlich auch in Deutschland ein Standardargument der AfD. Durch mehr Partizipation verbessert sich auch die Problemlösungsfähigkeit: Wenn die Amts- und Mandatsträger noch besser Bescheid wissen, was die Leute wirklich bewegt und was ihre Probleme sind, dann steigt die Chance, dass sie zielführender an die Probleme rangehen, als das manchmal vielleicht der Fall ist.“

In der praktischen faktischen Umsetzung dieses abstrakten Gedankens sieht der Autor starke Gewerkschaften als einen wichtigen Faktor.

Zum Geschichtlichen Hintergrund

Dem nationalsozialistische Völkermord fielen 5,6 bis 6,3 Millionen europäische Juden zum Opfer. Deutsche und ihre Helfer führten ihn von 1941 bis 1945 systematisch, ab 1942 auch mit industriellen Methoden durch, mit dem Ziel, alle Juden im deutschen Machtbereich zu vernichten. Dieses Menschheitsverbrechen gründete auf dem staatlich propagierten Antisemitismus und der entsprechenden rassistischen Gesetzgebung des NS-Regimes. In der NS-Ideologie wurde der Völkermord an den Juden seit dem Überfall auf Polen als „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ gerechtfertigt und mit den NS-Krankenmorden und der Kinder-„Euthanasie“ auf eine Stufe gestellt. Der endgültige Entschluss zur Ermordung aller Juden fiel in engem Zusammenhang mit dem Vernichtungskrieg gegen die UdSSR ab dem Sommer 1941.

Besonders wissenswert in diesem Zusammenhang ist, dass der Holocaust kein Projekt einer Einzelbehörde war. Vielmehr wurde er nicht nur von bestimmten dazu beauftragten Tätern durchgeführt, sondern von vielen Institutionen aller deutschen Gesellschaftsbereiche ermöglicht, mitgetragen, geplant, organisiert und vollzogen. Historiker gehen heute, nach Recherchen des Autors, von bis zu 500.000 an den Judenmorden Beteiligten aus.

Gerade für uns als Polizeibeschäftigte interessant zu wissen, die Gestapo, Ordnungs-, Sicherheits- und Kriminalpolizei, sollten möglichst alle „Reichs- und Volksfeinde“ aufspüren, überwachen und „ausschalten“ und wirkten dabei mit der SS zusammen.

Es war das Personal vieler Staats- und Verwaltungsbehörden, die mit Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsakten und konkreten Maßnahmen an der Judenverfolgung, -ausgrenzung, -deportation und -vernichtung mitwirkten.

Die unvorstellbaren Zahlen von Opfern, die in diesem Artikel genannt werden, die nicht nachvollziehbaren Qualen und

Leiden der vielen Kinder, Frauen und Männer, sollten uns auch im Jahr 2025 gegenwärtiger denn je sein! Auch wir als Polizeibeschäftigte haben im Hier und Jetzt den gesellschaftlichen Auftrag, Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus entschieden und entschlossen entgegenzutreten. Die Geschehnisse um den Mord an Walter Lübcke im Jahr 2019, in Kassel und die Anschläge von Halle und Hanau zeigen exemplarisch, auf traurige und schockierende Art und Weise, dass die demokratischen, friedlichen Errungenschaften unseres Landes stets weiter verteidigt werden müssen. Alarmierend und beschämend zugleich, dass die Antisemitischen Vorfälle in Deutschland wieder steigen. Dies zeigen Zahlen die das ZDF für das Jahr 2023 bereits veröffentlichte. Demnach sind antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023 gegenüber dem Vorjahr um über 80 Prozent gestiegen.

Die gesamte Gesellschaft ist gefragt, die Erinnerungskultur mit Leben zu füllen und die Grundwerte unseres Landes, allen voran dem so wertvollen Grundgedanken unseres Grundgesetzes: „Die

Würde des Menschen ist unantastbar“ Rechnung zu tragen und die Demokratie zu schützen. Die demokratischen, friedlichen Errungenschaften unseres Landes müssen jeden Tag aufs Neue weiter verteidigt werden und sind leider nie selbstverständlich. Daher ist die Erinnerungskultur und alles, was daraus erwächst, aus meiner Sicht auch ein elementarer Bestandteil der Bildungsaufgabe der deutschen Gewerkschaften. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in einem Interview anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz gegenüber der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft sowie der Stuttgarter Zeitung gesagt:

„Es muss uns bedrücken, wie viele junge Menschen in Deutschland kaum noch etwas über den Holocaust wissen.“ Das sei eine Mahnung und „...ein Auftrag an alle, daran etwas zu ändern“.

Auch die hessische Polizei und wir als GdP sollten unseren Beitrag leisten!

Bild und Text:

Christoph Möhring

stellv. Vorsitzender GdP BZG HPE

GUTER RAT MUSS NICHT TEUER SEIN

DIE MODERNEN BETRÜGER UND IHRE METHODEN – WIE KÖNNEN WIR UNS SCHÜTZEN?

Die Polizeibehörden im ganzen Land warnen: Betrüger verschicken Schreiben mit QR-Codes, die wie Bankbriefe aussehen. Die Briefe sind kaum als Fälschung zu erkennen, die Codes führen zu sogenannten Phishing-Seiten. Wenn Adressaten des Briefs auf den zum Teil ebenfalls aufwendig gefälschten angeblichen Banking-Seiten ihre Zugangsdaten angeben, bekommen die Betrüger Zugriff auf deren Online-Banking und können versuchen, ihre Opfer zur Freigabe von Buchungen zu ihren Gunsten zu verleiten. Sogar an Ladesäulen für Elektroautos gibt es bereits Fälle von gefälschten QR-Codes. Der Scan solcher Codes kann nicht nur zu Phishing-Seiten führen, sondern auch zu Internetseiten, die von Hackern so präpariert wurden, dass Schadprogramme aufs Smartphone gelangen können.

WAS KÖNNEN WIR ALS VERBRAUCHER NUN TUN UM UNS VOR DIESEM PHÄNOMEN ZU SCHÜTZEN?

- Den Personalausweis nur aus der Hand geben oder zeigen, wenn man sicher weiß welchem Zweck dies dient
- Man sollte skeptisch bleiben, wenn Anrufer Kontodaten und Auszüge kennen. In diesem Fall sollte man bei der Hausbank Rückfrage halten. Gegeben Falls sollte man das Konto sperren lassen, wenn womöglich Betrüger Zugriff auf Kontodaten haben
- Niemals auf Anrufe Aufträge im Online-Banking freigeben! Dies verlangt keine Bank oder Sparkasse
- Nicht von einem selbst ausgelösten Wechsel von Geräten, Sicherheitsverfahren und Erhöhung von Höchstbeträgen für Verfügungen signalisieren Betrugsversuche
- Das Online Banking oder die App sollte immer wie von der Bank beschrieben aufgerufen werden. Niemals sollte auf Links in Mails oder Nachrichten geklickt werden. Es sollten nur Aufträge freigegeben werden die man selbst initiiert hat
- Für das Online Banking sollten nur Geräte mit aktueller Software aus vertrauenswürdigen Quellen Verwendung finden

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Christoph Möhring